

9 Generalreden (Beginn: 12.09 Uhr)

9.1 Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner, KPÖ (12.09 Uhr – 12.26 Uhr):

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen. Ich möchte mich zunächst einmal auch bedanken an den Finanzdirektor und die Mitarbeiter in der Finanzdirektion sowie auch dem Herrn Finanzstadtrat für die Erstellung dieses Budgets und weiters auch bei den Mitarbeiter:innen im Stadtrechnungshof und dem Stadtrechnungshofdirektor auch für die Stellungnahme zum Budget.

Inhaltlich möchte ich eine budgetäre Rückschau, eine Ist-Verordnung und auch die Herausforderungen für die Zukunft ansprechen. Nach der Wahl 2021 hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ einen Kassensturz durchgeführt und dabei festgestellt, dass die Vorgänger leider kein stabiles Budget hinterlassen haben. 18 Jahre ÖVP-Bürgermeisterschaft haben uns einen Schuldenberg von 1,5 Milliarden Euro beschert. Ein großes Problem war unter anderem, dass unter ÖVP-Stadträten endfällige Kredite aufgenommen wurden, für deren Rückzahlung aber keinerlei Rücklagen angespart wurden, die aber in den kommenden Jahren schlagend werden. Zum Glück konnte da jetzt mittlerweile mit dem Land eine Lösung zu einer einmaligen Umschuldung erzielt werden. Dazu kamen die Preiserhöhungen infolge des Ukrainekrieges und damit einhergehende wirtschaftliche Krisensituationen weltweit. Dadurch, dass es die Bundesregierung in Österreich verabsäumt hat, tatsächlich wirksame Maßnahmen gegen die Preiserhöhungen zu setzen, wurde die österreichische Bevölkerung von der Teuerung in besonderem Maße getroffen. Neben privaten Haushalten und auch Unternehmen betraf dies natürlich auch die öffentlichen Budgets. Die größten Einnahmen im städtischen Budget sind die Ertragsanteile, die wir vom Bund bekommen, und die Prognosen für deren Entwicklung sind von Mal zu Mal hinuntergegangen, was bedeutet, dass die Stadt Graz immer weniger Einnahmen hat, während die verpflichtenden Aufgaben aber nahezu dieselben bleiben. Dies waren die

Rahmenbedingungen, unter denen die Koalition arbeiten musste. Es konnten dann aber auch Maßnahmen im Bereich des Budgets gesetzt werden, zum Beispiel das Kommunale PLUS, wo Einnahmen- und Ausgabenpotenziale erhoben wurden. Ebenso wurde die GUF reformiert und transparenter gemacht, da das in der Vergangenheit leider nicht immer der Fall war, und es gibt für den Stadtrechnungshof nun die Möglichkeit, schon zum Voranschlag eine Stellungnahme abzugeben, was eine weitere wichtige Transparenzmaßnahme darstellt. Hier kommt der Stadtrechnungshof, ebenso wie der Finanzstadtrat, zu der Ansicht, dass aus heutiger Sicht ab 2027 massiver Handlungsbedarf in der Finanzplanung besteht. Die Bewältigung der Herausforderungen für die Budgets der Gemeinden im Allgemeinen und das Budget der Stadt Graz im Besonderen wird aber nur in Zusammenarbeit mit Bund und Land erfolgen können. Zu dieser Thematik aber später noch mehr.

Die Koalition ist bei der Budgeterstellung trotz der schwierigen Situation mit Augenmaß vorgegangen und sichert weiterhin zentrale Leistungen unserer Stadt. Eingespart hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ, auch vor allem bei sich selbst, indem sie zum Beispiel die Klubförderung gekürzt hat, in Summe um 30 % in den letzten drei Jahren. Ebenso wird bei den Dienstlimousinen gespart. So stehen diese künftig nur noch bis 19.00 Uhr und nicht mehr für Nachtfahrten zur Verfügung. Im Übrigen werden diese ohnehin von den Stadtsenatsmitgliedern der Koalition nicht genutzt. Im Doppelbudget 2025-2026 müssen leider auch Kürzungen in den Globalbudgets der Ressorts vorgenommen werden, aber auch hier spart die Koalition zuvorderst in den eigenen Ressorts. Das Bildungsressort wird hingegen von den Kürzungen nicht betroffen sein. Hier hat die Koalition in den letzten zwei Jahren Versäumnisse der vergangenen Jahre aufgeholt. Dementsprechend wurden in den letzten zwei Jahren die Mittel auch um 45 % erhöht. Wenn man sich die Kommentare der Opposition zur Budgetsituation anhört, könnte man fast den Eindruck gewinnen, es würde aus Böswilligkeit hier und da gespart oder nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Es ist klar, dass auch wir die Budgets in dem einen oder anderen Bereich weiter erhöhen wollten und dass es viele gute Ideen gibt, nicht nur in unseren Ressorts, sondern selbstverständlich auch in den Ressorts von

ÖVP und KFG, die wir gerne umsetzen wollen würden. Leider wächst das Geld aber nicht auf den Grazer Bäumen. Unser Budget speist sich aus den Mitteln, die wir vom Bund und Land erhalten und dementsprechend sind wir dazu gezwungen, mit dem zu arbeiten, was von dort bei uns ankommt. Trotz schwieriger Bedingungen ist vieles gelungen und die Mittel wurden dafür eingesetzt, wofür die Koalition gewählt wurde: Soziales, Nachhaltigkeit und Transparenz.

Ich möchte hier auf einige konkrete Projekte eingehen, die gelungen sind, vor allem auch im Bereich Soziales, wobei man sagen muss, dass in diesem Ressort natürlich der Großteil Pflichtleistungen sind, die wir ohnehin leisten müssen. Darüber hinaus ist uns aber auch sonstiges gelungen, nämlich zum Beispiel die Ausweitung der SozialCard, wodurch es auch arbeitenden Menschen ermöglicht wird, hier in den Genuss der SozialCard zu kommen, denn Fakt ist, dass es nicht wenige Menschen in unserem Land gibt, die leider trotz Arbeit nicht genügend Lohn erhalten, um ihren Lebensunterhalt angemessen bestreiten zu können. Der „Graz hilft“-Fonds wurde aufgestockt, um Menschen in schwierigen finanziellen Lagen eine unkomplizierte und schnelle Hilfe zukommen zu lassen. Der Neubau der Zentralküche Graz steht an. Das ist wichtig, um auch viele Grazer:innen und vor allem auch Kinder täglich mit einem qualitätvollen, günstigen und regionalen warmen Mahlzeit versorgen zu können. Weil ja vorher auch schon das Thema Übergewicht bei Kindern angesprochen wurde, auch das wirkt ja natürlich präventiv dagegen. Weniger präventiv gegen Übergewicht helfen zum Beispiel Vorschläge, wie in der Vergangenheit von Kanzler Nehammer, der die Kinder zu McDonalds schicken will, wo es angeblich auch günstige warme Mahlzeiten gibt. Weiters konnten natürlich Akzente im Bereich der Gemeindewohnungen gesetzt werden. Übergabe neuer Gemeindewohnungen sowie Sicherung von Grundstücken für künftigen kommunalen Wohnbau, dies ist besonders wichtig für das leistbare Wohnen in unserer Stadt. Nicht nur für die Mieterinnen und Mieter, die in unseren stadteigenen Wohnungen leben, sondern natürlich indirekt auch für die Mieter:innen am freien Wohnungsmarkt, da günstiger kommunaler Wohnbau auch hier preisdämpfend wirken kann. Gemeindewohnungen wurden thermisch saniert. Das ist einerseits eine wichtige Klimaschutzmaßnahme, aber natürlich auch eine finanzielle

Entlastung. Die Anspruchsberechtigten für den Kautionsfonds wurden erweitert, da nicht nur Mieten eine große finanzielle Belastung darstellen, sondern oft auch schon die Wohnungseinstiegskosten. Es wurde eine Beratungsstelle rund um soziales Wohnen und Gesundheit geschaffen, die bisher sehr gut angenommen wird. Eine Erhöhung der schulautonomen Mittel ist ebenso gelungen. Dies ist ein wichtiger Baustein zur Teilhabe aller Kinder, unabhängig von sozialer oder geographischer Herkunft. Ein Pilotprojekt wurde gestartet mit der Anstellung pflegender Angehöriger. Dies dient dazu, um Menschen, die Angehörige in ihrem Umfeld pflegen, auch die finanzielle Anerkennung sowie finanzielle Absicherung zukommen zu lassen. Auch das wurde sehr gut angenommen und soll auch weitergeführt werden. Natürlich werden soziale Einrichtungen in unserer Stadt gefördert, wie beispielsweise die Bahnmissionsmission oder alle möglichen Initiativen rund um Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit. Es gibt den Energie Härtefallfonds, der besonders im letzten Jahr wichtig war, wo aufgrund der hohen Preiserhöhungen im Bereich Energie viele Menschen mit hohen Nachzahlungen konfrontiert waren, aber, wie auch angesprochen, es wurden natürlich auch viele Maßnahmen im Bereich Klimaschutz getroffen. Ausbau von Öffis und Radwegen, Pflanzung neuer Bäume oder auch das auf den Weg bringen der Errichtung eines Energiewerks, was uns in Zukunft ermöglichen wird, unabhängiger von den Weltmarktpreisen zu sein. Es ermöglicht den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und wird letztlich auch zu günstigeren Tarifen führen. Ebenso gab es für die privaten Haushalte Förderungen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit. Der Fokus der Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ lag nicht auf Prestigeobjekten, wie dies oft in der Vergangenheit der Fall war. Nicht auszudenken, wenn wir jetzt in diesen ohnehin schon schwierigen Zeiten in unserem Budget auch noch diverse Gelder für Investitionen in Olympia-Infrastruktur für 2026 finden müssten. Das Ziel der Koalition war es, das Gemeinwohl in unserer Stadt zu erhöhen und die Grundbedürfnisse der Grazerinnen und Grazer abzusichern und das ist auch in diesem Budget abgebildet. So nehmen wir nun endlich ganz konkret Dinge in Angriff, die in der Vergangenheit beschlossen wurden, und zwar einstimmig beschlossen wurden, weil die Projekte für Graz wirklich wichtig sind. Als Beispiel möchte ich die Größten anführen: Der

zweigleisige Ausbau der Linie 5, der zweigleisige Ausbau der Linie 1, der ja heute auch noch auf der Tagesordnung steht, sowie die Innenstadtentlastung. All diese Maßnahmen und Investitionen kommen letztlich natürlich der Grazer Wirtschaft zugute. Natürlich nützt es der Wirtschaft, denn sie profitiert von einer guten Infrastruktur, vom Ausbau der Öffis, aber natürlich auch von einer sozialen Absicherung der Menschen zum Erhalt der Kaufkraft, da gerade Menschen mit geringem Einkommen ohnehin jeden Euro verkonsumieren müssen und durch Investitionen unserer städtischen Betriebe, zum Beispiel eben im öffentlichen Verkehr, schaffen wir als öffentliche Hand auch nachhaltige Arbeitsplätze. Gerade in Zeiten wie diesen ein Gebot der Stunde. Viele Investitionen sind allein schon deshalb sinnvoll, weil ein Nichtinvestieren für die Zukunft noch sehr viel größere Aufwendungen bedeuten würde. Deshalb ist es der Koalition auch gelungen, den Schuldenpfad einzuebnen bis 2028, sprich die Schulden steigen auf Perspektive weniger stark, als das noch beim letzten Budget prognostiziert wurde. Trotz der vielen getätigten Investitionen und der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen hält sich die Neuverschuldung in Grenzen, wobei Schulden per se auch nicht immer etwas Schlechtes sind. Die Frage ist halt immer, was mache ich mit dem geliehenen Geld? Die öffentliche Hand ist kein Privathaushalt, sondern ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor und dementsprechend gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, in denen sowohl Privathaushalte als auch Unternehmen weniger konsumieren und investieren, gefordert, durch eigene Investitionen Abhilfe zu schaffen, nicht zuletzt schafft die Stadt Graz durch Investitionen auch Vermögen für künftige Generationen. Ja, wie bereits schon mehrfach angesprochen, die wirtschaftliche Situation ist schwierig, und zu den Preiserhöhungen der letzten zwei Jahre kommt hinzu, dass viele Österreicher:innen mittlerweile auch vom Verlust des Arbeitsplatzes betroffen sind. Das schlägt sich natürlich alles auch bei den Kommunen nieder, die Pflichtausgaben stemmen müssen, ohne dafür die ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu haben. Ja, nicht nur Graz steht und befindet sich schon in massiven finanziellen Herausforderungen. Wie dramatisch die Lage ist, zeigt eine Studie des KDZ, wonach im nächsten Jahr jede zweite österreichische Gemeinde mehr Ausgaben als Einnahmen

haben könnte. Deswegen mussten auch schon eben Haushaltssperren ausgerufen werden. Die ÖVP-Bürgermeisterin der Gemeinde Geistthal-Södingberg darf ich aus einem Artikel der Kleinen Zeitung wie folgt zitieren: „Im April haben wir nur ein Drittel vom üblichen Betrag bekommen. Damit kann man kaum die Löhne der Mitarbeiter zahlen“, und einem Artikel der Kronen Zeitung von vor einem Monat ist zu entnehmen: „Die Bürgermeister des Landes warnen davor, die kommunalen Leistungen der Städte nicht mehr aufrecht erhalten zu können“. Wie man also sieht, ist das keineswegs so, als könnten die Kommunist:innen nicht wirtschaften, wie von der Opposition immer wieder behauptet wird. Vielmehr schlagen Gemeinden aus ganz Österreich mit Bürgermeister:innen, aus unterschiedlichsten Parteien und Listen Alarm, ob der traumatischen finanziellen Situation der Kommunen. Leider wurde diese sich schon länger abzeichnende Entwicklung beim letzten Finanzausgleich von der Bundesregierung nur unzureichend ernst genommen. Überhaupt ist die Steiermark mit ihrer Landeshauptstadt Graz beim Finanzausgleich strukturell benachteiligt. Der Grazer und die Grazerinnen sind im Vergleich zu den Salzburger:innen und Linzer:innen dem Bund offenbar weniger wert. Diese Benachteiligung konnte auch von der ÖVP, die in der Vergangenheit jahrelang Bürgermeister und Finanzstadtrat gestellt hat, nicht behoben werden, obwohl an zuständiger Stelle im Bund ein Parteikollege gesessen ist. Nun befinden wir uns halt in der Situation, in welcher auch mit einem stark steigenden Budgetdefizit im Bundeshaushalt gerechnet wird, zurückzuführen, unter anderem auf Steuersenkungen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Beispielsweise wurde die Körperschaftssteuer gesenkt, wovon aber vor allem auch die großen Unternehmen überdurchschnittlich profitieren. Ein weiteres Steuergeschenk seitens der Bundesregierung an eine wohlhabende Minderheit war die sukzessive Absenkung des Arbeitgeberbeitrages zum Insolvenzentgeltfonds, was zur Folge hat, dass dieser aufgrund steigender Insolvenzfälle derzeit seine Rücklagen aufzehrt. Man kann nur hoffen, dass die künftige Bundesregierung von vielfach im Wahlkampf versprochenen Lohnnebenkostensenkungen für Arbeitgeber absieht. Die von diesen Beiträgen wichtigen Leistungen für die Allgemeinheit müssen dann nämlich vom ohnehin schon angeschlagenen Bundeshaushalt finanziert oder eben gestrichen werden. Auch hat die

Bundesregierung die kalte Progression abgeschafft, ohne sich um eine dementsprechende Gegenfinanzierung zu kümmern, was auch ein riesiges Loch in den Bundeshaushalt geschlagen hat. Dementsprechend werden eben die Rufe nach einem Sparpaket für die nächste Bundesregierung lauter und lauter. Weniger Geld im Bund bedeutet aber in letzter Konsequenz auch weniger Geld für die Kommunen, die für einen Großteil des Funktionierens des öffentlichen Lebens verantwortlich sind. Dementsprechend wird es, um die finanziellen Spielräume der Kommunen und auch der Stadt Graz zu vergrößern, sehr stark auf das Agieren der künftigen Bundesregierung ankommen. Leider ist zu befürchten, dass es zu harten Einschnitten kommen wird, auch auf Landesebene, wo es um das Budget auch nicht zum Besten steht. Die Ausmaße darüber dürften wir dann aber erst nach den Gemeinderatswahlen im März wirklich erfahren. Wir als Kommunist:innen lehnen es ab, dass durch ein künftiges Sparpaket bei jenen Menschen gespart wird, denen ohnehin jetzt schon durch die aufeinanderfolgenden Krisen das Wasser bis zum Hals steht. Stattdessen sollten sich die Verantwortlichen das Geld dort holen, wo es im Überfluss vorhanden ist, beispielsweise in Form von Vermögens- und Erbschaftsteuern, Sondersteuern bei Konzernen, die trotz oder gerade wegen der Krisen der letzten Jahre ihre Gewinne massiv steigern konnten oder aber bei einer progressiven Gestaltung der Kapitalertragsteuer. All dies scheint aber in der aktuellen Regierungsverhandlung keine Rolle zu spielen. Stattdessen wird nun die Anhebung des Hebesatzes bei der Grunderwerbssteuer ins Spiel gebracht, grundsätzlich zu befürworten, da dieser ja schon seit sehr langer Zeit nicht angehoben wurde und dadurch die Kommunen direkt mehr Geld erhalten würden. Anzumerken ist aber schon, dass eine Erhöhung derselben, eine breitere Masse an Menschen treffen wird, während Vermögens- und Erbschaftsteuer bei entsprechender Ausgestaltung tatsächlich nur jene Menschen mit sehr großem Vermögen treffen würde. Aus diesem Grund ist für uns eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer kein Ersatz für Erbschafts- und Vermögenssteuern. Für uns als Kommunist:innen ist es wichtig, Politik mit dem Blick von unten zu machen und ein Sprachrohr für all jene zu sein, die es sich nicht so einfach richten können. Wir wollen niemanden in unserer Stadt zurücklassen. Dies spiegelt sich auch im aktuellen

Doppelbudget 2025-2026 wider. Es wird aber im Interesse von uns allen sein, und das zeigte auch die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes, Druck auf die künftige Landes- und Bundesregierung auszuüben, um künftig wieder ausreichend finanzielle Mittel zur Bewältigung unserer vielfältigen Ausgaben zu erhalten. Wenn dies nicht gelingt, wird es für uns als Kommune, aber auch für die anderen Kommunen, immer schwieriger werden, unsere Aufgaben noch adäquat ausführen zu können. Damit spreche ich jetzt am Schluss vor allem die Parteien an, aus deren Reihen die nächsten Finanzverantwortlichen auf den höher gestellten Ebenen kommen werden. Danke.

Vorsitzwechsel – VizeBgm. Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.10 Uhr)

9.2 Gemeinderätin Unger, ÖVP (12.27 Uhr – 12.47 Uhr):

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf Sie jetzt vom Nationalrat quasi wieder zurück in den Gemeinderatssitzungssaal bringen. Wir haben jetzt sehr viel über die gesamtgesellschaftlichen Verantwortungen gehört, die zuständig sind für ein Budget, das uns in einer sehr besorgniserregenden Form jetzt vorliegt. An alldem sind aber nicht die multiplen Krisen schuld, auch nicht der Bund, auch nicht die Vorgängerregierung, es gibt auch Dinge, die einfach Folge politischer Entscheidung der aktuell regierenden Koalition sind. Jede Regierungskoalition setzt Schwerpunkte, das ist das Wesen der Demokratie und das ist natürlich auch vollkommen zu Recht, aber gerade in herausfordernden Zeiten kommt es besonders darauf an, diese den Möglichkeiten und den Notwendigkeiten anzupassen. Es geht also um das rechte Maß. Das rechte Maß, das kann man schon bei Benedikt von Nursia nachlesen oder für eher kirchenferne, auch bei Aristotelis, das maßvolle ist eine Tugend. Das Extreme ist immer zu viel und zu wenig und wir können vielleicht an anderer Stelle einmal darüber diskutieren, was das politisch heißt. Heute möchte ich gerne dazu über das Geld in

Graz sprechen, weil wir haben das Geld der Steuerzahler und -zahlerinnen dafür verantwortet bekommen, um für sie in Graz ein gutes Leben zu ermöglichen und abzusichern. Das ist besonders wichtig, dass wir langfristig denken. Und angesichts der Zahlen, die wir jetzt von der Koalition vorgelegt bekommen, ist das anscheinend nicht gelungen und um gleich eines außer Streit zu stellen, alle Kommunen müssen sparen, das wissen wir, auch Graz, aber mit dem Kahr-Kürzungsprogramm spart die Koalition an der falschen Stelle. Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Abteilungen, vor allem in der Finanzdirektion, war die Erstellung dieses Budgets sicher nicht einfach und durchaus von einigen herausfordernden Rahmenbedingungen begleitet und ich darf allen dafür sehr herzlich danken. Allen voran, Johannes Müller und Michi Kicker. Wir haben auch alle in der Zeitung heute lesen können, dass sich der Stadtrechnungshof intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat und einen Bericht vorgelegt hat, der vor diesem Budget auch eindrücklich warnt.

Erinnern wir uns zurück, vor drei Jahren wurde eine Richtungsänderung eingeläutet, bei der, wie bei einem großen Schiff in einer Stadt, natürlich eine solche Richtungsänderung natürlich nur mit einer gewissen Schwerfälligkeit und zeitlichen Verzögerung passiert, soweit, so normal. Wichtig ist allerdings, dass man mit einer Richtungsänderung nicht eine schlechtere Route wählt und sehenden Auges auf einen Eisberg zusteuert und beim vorgelegten Doppelbudget kann man leider die Spitze schon recht deutlich sehen. Der Schuldenstand ist so hoch wie nie und bis zum Ende der Gemeinderatsperiode 2026 wird er um 400 Millionen Euro gewachsen sein. Die Koalition schafft also etwas in fünf Jahren, wofür andere 20 Jahre brauchen. So wird Graz 2030 um eine Milliarde Euro mehr an Schulden haben, mehr zu schultern von kommenden Generationen und da gerne das Argument gebracht wird, man habe von der Vorgängerregierung große Schulden geerbt, ja, es wurden Schulden gemacht, aber erstens nicht in diesem Turbo-Modus und zweitens waren 69 % der Investitionen von 2005 bis 2021 aus eigener Kraft. Also, ohne Kredit finanziert. Von diesen langfristigen Investitionen im Schulausbau, im öffentlichen Verkehr und viel mehr profitiert man heute, Gott sei Dank die Menschen in Graz, aber das ist die Ironie am Wesen der Politik, auch die Koalition, weil viele Dinge, die Radoffensive, die Innenstadtentlastung,

der zweigleisige Ausbau der Linien fünf und eins, verschiedenste Schulgebäude, alles bereits vor Antritt dieser Koalition entwickelt, entworfen, beschlossen und zum Teil auch finanziell bedeckt. Dennoch gelang das Kunststück, die Ideen zwar zu übernehmen und entsprechend zu entwickeln, aber in der Umsetzung immer wieder zu patzen, durch schlechte Kommunikation, durch Projektaufschiebungen, auch zwischendurch bedauerlicherweise, zum Beispiel durch Überheblichkeit gegenüber den Wirtschaftstreibenden und bei Maßnahmen, bei denen viele Menschen in der Form einfach nicht oder sehr schwer mitkönnen.

Zum rechten Maß gehört auch ein ordentliches Verhältnis zwischen Eigenkraft und Krediten, den Investitionen und dem laufenden Betrieb und das ist leider aktuell nicht der Fall. Die Fremdfinanzierung durch Finanzschulden beträgt der Mittelfristplanung 2024 bis 2030 zufolge 85 %. Und ich habe schon gesagt, dass die Eigenfinanzierungskraft von 2005 bis 2021 69 % betragen hat, jetzt sind es nur noch 15 %, also eine Anhäufung von Problemen, die hier kommen. Es fehlt offensichtlich eine Einordnung, was jetzt wichtig ist. Bei der Remise beispielsweise, bei allem Nachbesserungsbedarf des ursprünglichen Entwurfs hat man lange über verschiedene Maßnahmen, wie Dachbegrünung oder ein Windrad nachgedacht. Jetzt der Bau, der kommen musste, kostet 229 Millionen und auch wenn da nachgebessert werden hätte müssen von den 150 Millionen der ursprünglichen Planung, hätte man sich vielleicht nicht so weit entfernen müssen. Und wenn zugleich zu wenig Straßenbahnen angeschafft werden, um den ÖV dann auch zeitgemäß zu bedienen, zeugt das vielleicht von einem unterdurchschnittlichen Engagement bei Investitionen. Ich betone, das Problem ist nicht, dass die Koalition jetzt etwas anderes möchte als ihre Vorgänger, das ist ihr gutes Recht, man sollte allerdings neben dem rechten Maß auch die rechte Zeit für Vorhaben nutzen, denn wer die versäumt, zahlt eindeutig drauf. Das sehen wir bei der jahrelang verschleppten Stadiondiskussion. Da hat man viele Hoffnungen gemacht, den Vereinen, aber auch den Abteilungen danach viel Arbeit und am Schluss haben bei diesem Match einfach alle verloren. Die Unterführung Josef-Huber-Gasse, von Anfang an unbeliebt bei der Koalition, aber für die Erschließung eines großen Stadtteils einfach wichtig. Jetzt ist man gewillt, sie umzusetzen, weil es nicht anders

geht, es auch Klagen ins Haus regnet und die Kosten sind inzwischen empfindlich gestiegen von 30 auf über 40 Millionen Euro. Der Park & Ride beim Murpark ist das letzte Beispiel, auch hier hat man lange zugewartet, obwohl es ein Grundstück gibt und auch die Bestätigung der Eignung, und jetzt wissen wir nach drei Jahren, was wir vorher schon gewusst haben, nämlich dort ist eigentlich ein guter Platz für Park & Ride. Es wird teurer als nötig, es kommt später als möglich und mit gehörigen Verlusten. Die Entlastungsstrecke durch die Neutorgasse war lange gesetzt, das Fest zu dieser noch nicht ganz Eröffnung im vergangenen Frühsommer, setzte man obendrauf und ließ sich das über 200.000 Euro kosten. Man feierte eigentlich unter mäßiger Publikumsbeteiligung und was? Ein letzter trauriger Höhepunkt ist jetzt gerade, dass die Trafik dort wahrscheinlich zusperren hat müssen und ich glaube, hier ist noch sehr viel Nachholbedarf. An derlei Unsinnigkeiten könnte man sparen, wie zum Beispiel auch an Parallelstrukturen in den Bezirken zur Bezirksdemokratie durch hohe Förderungen der Stadtteilzentren oder durch Fehler anfällige Straßengestaltungen wie in der Marburger Straße. Aber das ist leider auch Teil des Programms. Provisorien statt fixer Maßnahmen. Fix ist allerdings, dass dann doppelt gezahlt werden muss für das Provisorium und für die Fertigstellung. Das ist in der Zinzendorfgasse so, das wird am Bischofsplatz so sein und auch am Ortweinplatz, wo man lange auf einen Radspielplatz wartet, der schon längst in der Pipeline steckt und eigentlich fertig wäre. Zuerst hat man hier einmal die Parkplätze weggenommen, das ist eine ideologische und parteipolitische Entscheidung. Hat man zu respektieren, aber für alles andere hat man offensichtlich Zeit und das kostet Geld, weil die Parkplätze allein auf den genannten Arealen bei einer Auslastung und aufgrund der erhöhten Gebühren weit über 60.000 Euro bringen würden. Da reden wir noch nicht von den mehreren hundert, die sonst noch in der gesamten Stadt aufgelassen worden sind und ich rede auch nicht von der viel zitierten neuen Verteilung des Platzes. Darüber rede ich jetzt nicht, sondern nur über die finanzielle Auswirkung in sehr hohem Bereich jedes Jahr, ohne die Plätze, die man gewonnen hat, entsprechend zu verwerten. Es fehlt also meiner Meinung nach hier auch das rechte Maß. Der Herr Finanzstadtrat ist zitiert worden mit der Aussage „lange halten wir das nicht durch“, und das ist eine Aussage, die könnte auch von

Grazer Wirtschaftstreibenden kommen, aber wird das ernst genommen? Eigentlich hätte man schon aus der Vergangenheit lernen können, wo die Budgets wieder aufgeschnürt worden sind und man hätte sagen müssen jetzt ist Stopp für die Kür, es ist Zeit für die Pflicht und auch Zeit für Verlässlichkeit. Und was das Sparen anlangt, aktuell, und das haben wir auch schon öfter diskutiert, werden Millionen auf dem Konto der Bürgermeisterin angespart, von denen dann auch al gusto verteilt werden und gerettet werden kann, aber dabei braucht es eine angemessene, verlässliche, langfristige Ausstattung der Ressorts in den Stadtratbüros, damit die Verwaltung ordentlich arbeiten kann und natürlich, dass man Antworten auf die dringenden Fragen der Menschen geben kann und die sind ganz einfach: Hat mein Kind nächstes Jahr einen Kindergartenplatz? Kann ich fix mit Betreuung und Pflege rechnen? Wird mein Unternehmen, mein Geschäft überleben oder ist meine künstlerische Arbeit noch möglich? Bin ich noch in einer Kulturstadt, wie sich ja Graz nennt, als Künstler, Künstlerin, als Kulturschaffende willkommen und unterstützt? Nice to have geht dann, wenn die grundlegenden Probleme gelöst sind. Die Koalition macht allerdings Projekte, die zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht angebracht sind. 640.000 Euro für Kinderfahrräder. Das ist die Einlösung eines Wahlversprechens, alles klar, aber 640.000 Euro wäre auch die Abgangsdeckung der großen Sporthallen in Graz, die von mehr als 40.000 Kindern und Erwachsenen pro Woche frequentiert werden. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zu einem gesellschaftlichen und sozialen Leben in Graz. Es ist eine Frage der Schwerpunktsetzung, was möchte ich, aber auch eine Frage des rechten Maßes.

Kommen wir nun zu der Frage, wo die Koalition dafür gesorgt hat, dass Geld hereinkommt. Bei den Tochterunternehmen schon einmal nicht, weil die kommen immer mehr unter Druck. GPS, GGZ, Wohnen Graz, sind zunehmend in Schwierigkeiten. In Geld umgerechnet bedeutet das, dass bei den Beteiligungen eine EBITDA-Verschlechterung von 2023 auf 2025 um rund 55 Millionen Euro, allein bei Wohnen Graz sind es 10,4 Millionen, aufgrund der Entscheidung, etwas zu tun, aber nur für einen kleinen Teil der Grazerinnen und Grazer. Dafür wird auf der anderen Seite und entgegen den Wahlversprechen, die Kanalbenützungsgebühr und auch die

Müllgebühren angehoben um zwischen zweieinhalb und vier Prozent in den nächsten beiden Jahren. Das ist dann eine Regelung, die wieder für alle Grazerinnen und Grazer gilt. Wie verhält es sich mit den Kontakten zu Land und Bund? Wir haben schon ausführlich gehört, woran der Bund an allem und in Summe zuständig und schuld sein sollen, aber wie oft wurde geworben für die Anliegen von Graz, von der Frau Bürgermeisterin, von den zuständigen Stadtsenatsreferenten, beim Herrn Landeshauptmann, bei den Landesräten und -rätinnen im Land, aber auch beim Bund? Wie oft hat man Minister und Ministerinnen eingeladen oder Sektionschef:innen? Früher hat es zur normalen Arbeit dazugehört, für die Anliegen von Graz, auch außerhalb der Stadt zu werben, zu Netzwerken und Botschafter der Stadt zu sein. Zum Thema Klima, weil ich den Zwischenruf kurz höre, kann man vielleicht noch einmal gesondert sprechen, worauf ich hinauswollte, dass wir 18 Millionen aus dem Bund zweckgebunden für Bildungsagenden in die Stadt gebracht haben mit der Folge, dass das Budget entsprechend gekürzt wurde und die Geschichte, dass nur das Bildungsressort als einziger von diesen Budgetentscheidungen in Hülle und Fülle profitiert, stimmt so einfach nicht, das ist nicht richtig. Mit dem Gemeindegeld wurde auch nicht rechtzeitig und mit Nachdruck verhandelt und das heißt einfach, jetzt langfristig für die Stadt Graz, bei der Sozialhilfe Umlage 25 Millionen Euro pro Jahr mehr an Belastungen. Es ist wichtig, dass diese Aufgabe auch wahrgenommen wird. Es ist wichtig, dass bei der Frau Bürgermeisterin, nicht nur persönliche Vorsprachen möglich sind, von Menschen, die von verschiedenen Notlagen betroffen sind, das ist alles gut und schön, aber es ist auch wichtig, dass Vertreter und Vertreterinnen von Vereinen, von Universitäten, von Unternehmen dort ein entsprechendes Gehör finden. Das ist ein ganz wichtiger Teil dieser Aufgabe und ich würde dringend ersuchen das in Zukunft noch auszubauen.

Zum Schluss darf ich, danke für die Zwischenrufe, aber ich bin gleich beim Ende, dann kann man sicher darauf reagieren in weiterer Folge, zum Schluss darf ich zum großen Bild unserer Stadt kommen. Wir sind uns, glaube ich, einig, wir wollen eine soziale Stadt. Das eint uns alle. Entgegen der Auslegung, die sich allerdings durch die Koalition aufdrängt, nämlich Not zu lindern, ohne die Ursachen zu bekämpfen, treten wir für ein

Verständnis von Sozialem im ursprünglichen Sinn ein. Sozial ist alles, was das Zusammenleben der Menschen betrifft. Dazu gehört Hilfeleistung, dazu gehört Unterstützung, aber dazu gehört eben auch noch mehr, nämlich Förderung von Talenten, Förderung von Selbstständigkeit, zum Beispiel, wenn es um die Anschaffung von Wohnraum für junge Menschen geht und damit um eine Absicherung für die Zukunft, auch wenn es um Beteiligung geht, ganz egal ob man jetzt ehrenamtlich ist, engagiert ist oder eben auch durch Arbeit, auch das ist einfach wichtig, wenn es um Arbeitsplätze, Unternehmen und somit um die Beteiligung am Gemeinwohl geht, einfach die Menschen zu ermuntern, zu ermutigen und sie politisch gut zu begleiten. Als Wirtschaftsstandort und als Wissenschaftsstandort hat Graz in dieser Hinsicht leider in den letzten Jahren einiges verloren. Viele fühlen sich nicht mehr willkommen und das städtische Wirtschaftsbudget zeigt, dass das nicht von ungefähr kommt, weil von 2021 bis 2025 wird das um 47 % gekürzt, also fast halbiert worden sein, auf rund 3 Millionen Euro. Es stimmt auch nicht, was vorhin gesagt worden ist, weil in den eigenen Ressorts hat man im Jahr 2022 satte Budgeterhöhungen vorgenommen. Die Einsparungen, die jetzt gemacht worden sind, sind also anders zu beurteilen als jene in den Ressorts, die stetig gekürzt worden sind. Und weil vorhin Michael Gaismair zitiert worden ist, zu dem ich übrigens einmal eine Arbeit geschrieben habe, ich würde mich über einen Austausch sehr freuen, darf ich da noch anmerken, wir haben jetzt über das Großkapital gesprochen und zugleich aber auch sehr gelobt, dass wir aus der Kommunalsteuer wichtige Einnahmen machen, also man müsste vielleicht irgendwie auch wertschätzen, wenn Leute in dieser Stadt etwas beitragen und tatsächlich auch die Steuern zahlen, die man wieder umverteilen kann, also es geht vielleicht mittlerweile auch immer um ein bisschen etwas anderes als beim Herrn Gaismair, aber vielleicht darf man anmerken, dass nicht alles was hinkt, nicht gleich ein Vergleich ist. Wer keinen Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen, Steuern, Standortfaktor für Unternehmen, für Forschungs- und Wirtschaftseinrichtungen und auch für den Willen der Menschen in Graz als Lebensmittelpunkt zu wählen und sich hier einzubringen sieht, der trägt eben nicht Sorge dafür, dass Geld hereinkommt, das im Gemeinwohl für jene ausgegeben werden kann, die es brauchen und das ist eine Wahrnehmung von

Sozialem, die ich nicht teilen kann, denn Sozial sind auch Bildungsthemen, Gesundheitsthemen, Kulturthemen. Wir haben heute schon gehört, Kinder werden adipös, Kinder neigen zu Zucker, da ist sportliche Betätigung mehr als Spaß, das ist Gesundheitsvorsorge und das ist ein deutliches Zeichen, wenn in diesem Bereich, der eben zum Großteil von Ehrenamtlichen getragen wird und die Bedeutung der Ehrenamtlichen kann man nicht genug hervorstreichen, in vielen Bereichen, wenn hier gespart wird, ist das einfach am falschen Platz. Wir haben schon gehört, es gibt einige Möglichkeiten, aber die sind klein und die decken den Bedarf auf keinen Fall ab. Sport, wie Kultur, sind ganz wichtig für soziale Integration, für die Entwicklung von Ideen, für das Erfahren von Wertschätzung und für Engagement und in diesen Bereichen darf man nicht das falsche Zeichen setzen und die Menschen entsprechend entmutigen. In der Kultur hat man zum Beispiel vollmundigen Fair Pay in Aussicht gestellt. Man hat das Geld nicht ins zuständige Ressort der Kultur gestellt, sondern man hat es großmütig zugeschossen nach langfristigen Diskussionen, aber es war leider eine kurze Freude, weil nach einem kurzen Aufflackern ist diese Idee höchstwahrscheinlich wieder vom Tisch, weil sie nicht geleistet werden kann. Man hat zwar so in die Bereiche von Sport und Kultur hineinregiert, aber letztendlich zum Schaden derer, die sich sehr darauf verlassen haben, dass es eine langfristige Besserstellung gibt. Ein zweiter Punkt, den ich im Bereich der Kultur noch erwähnen möchte, sind die Stadtbibliotheken, die auch besonders betroffen sein werden. Das sind ganz wichtige Einrichtungen in den Bezirken, die auch entsprechend Schaden nehmen werden, wenn sie nicht weiterentwickelt werden können.

Kommen wir zum Schluss, das Leben in Graz wird nicht einfacher. Das Leben in den innerstädtischen Bezirken, das Wohnen hier wird unattraktiver und manche haben das Gefühl, wenn sie bei der Wende nicht mitkommen, wenn sie nicht ernst genommen werden, dann bleibt ihnen einfach nur ein stiller Protest. Man hat einfach Pech gehabt, man wird vielleicht noch alimentiert, aber es wird versäumt die Menschen auf diesem Weg in eine Zukunft, die sicher herausfordernd ist, mitzunehmen, wird nicht beschritten und diese Chance wird nicht ergriffen. Die Menschen sollen aber mit Freude und mit Stolz hier wohnen und sich gerne einbringen, mit Ehrenamt, mit Ideen,

mit Arbeit und dafür auch von Seiten der Politik, die entsprechende Unterstützung und Wertschätzung bekommen, weil sie einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Es ist gerade erst die schlechte Kommunikation der Regierungsspitze medial von Experten beklagt worden und deswegen muss es hier zu einem Umdenken kommen. Es gehören Ideen her, es gehört eine positive Erzählung für Graz her und für eine Zukunft, bei der die Menschen mitkommen können. Das ist ganz, ganz wichtig. Vieles von dem, was in diesem anscheinend sehr ideologiegetriebenen und offensichtlich auch angstgetriebenen Budget, weil es ja eine zeitliche Not gibt, möglichst viel unterzubringen, drinnen steht, wird erst schlagend, nachdem die nächste Wahl geschlagen wird. Das ist eine, glaube ich, nur vermeintlich kluge Taktik. Das rechte Maß wäre für die jetzige Situation und vor allem im Hinblick auf die künftigen Generationen, die diese Schulden tragen müssen, von großer Bedeutung, damit Menschen auch in Zukunft hier gerne als Teil einer solidarischen Gesellschaft leben. Bei einer Milliarde Euro 2030 und unter Berücksichtigung dieser angespannten Lage, von der wir am Anfang schon ausführlich gehört haben, sind für uns leider trotzdem zu vielen nicht gut durchdachte politischen Gründen dafür verantwortlich, dass wir zu diesem Budget nein sagen müssen. Leider, aber leider nein.

9.3 Gemeinderat Hackenberger, Grüne (12.47 Uhr – 13.10 Uhr):

Danke für die interessanten Ausführungen von vorher. Liebe Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier. Ich möchte an den Dank meiner Vorredner an alle anschließen, die mit der Erstellung dieses Budgets zu tun hatten, an alle Mitarbeiter:innen der Magistratsabteilungen, die an der Entstehung des Budgets beteiligt waren, vornehmlich natürlich an erster Stelle die Finanzdirektion mit dem Herrn Finanzdirektor Müller und dem Herrn Kicker. Allein der Umfang des Budgets mit über 2.000 Seiten, aber noch mehr dessen Inhalt natürlich, geben einem eine Idee von deren unglaublichen Einsatz und der Präzision, mit denen dieses Zahlenwerk erarbeitet

wurde. Wenn wir heute vor dieser großen Dokumentation unseres Wirtschaftens stehen, vergessen wir leicht die hidden champions dieses Budgets, nämlich die etwa 300.000 Grazerinnen und Grazer und unsere Unternehmungen, die durch Zahlung ihrer Steuern, Gebühren und Abgaben überhaupt erst die Grundlagen dafür schaffen, dass wir als Politik über das Geld verfügen, mit dem wir die im Budget abgebildeten Tätigkeiten und Projekte machen können. Nicht zu vergessen auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in ganz Österreich, die über ihre Steuern und den Finanzausgleich ebenfalls einen ganz wesentlichen Teil unserer Einnahmen bestreiten. Nachdem uns von Herrn Stadtrat Eber bereits ausführlich die wesentlichen Kennzahlen des Budgets nahegebracht wurden, beschränke ich mich auf einige Punkte, die mir besonders erwähnenswert erscheinen.

Wie schon erwähnt, hat sich die Stadt unter der Vorgängerregierung in den Jahren 2018 bis 2021 so verschuldet, dass der Anstieg der Verbindlichkeiten deutlich über dem Verbraucherpreisindex lag. Der Finanzschuldenstand betrug, daran darf ich erinnern, Ende 2020 1,4 Milliarden Euro, Ende 2021 schon 1,52 Milliarden, was einer Erhöhung von mehr als acht Prozent innerhalb eines Jahres entsprach und das bei einer Inflationsrate von 1,4 Prozent im Jahr 2020 und 2,8 Prozent im Jahr 2021 und bei einem wesentlich besseren gesamtwirtschaftlichen Klima, das darf man auch nicht vergessen. Dieser besorgniserregenden Entwicklung hat die heute regierende Koalition 2022, ein Ende gesetzt. Wenn Sie sich die Mittelfristplanungen der Vorgängerregierung im Rahmen des Budgets 2020 anschauen, dann werden Sie leicht feststellen können, dass die derzeitige Stadtregierung bereits bisher eine erfolgreiche Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage vorgenommen hat, denn die ÖVP hatte im Rahmen der Mittelfristplanung 2020 für Ende 2023 Verbindlichkeiten von 1,61 Milliarden Euro eingepreist, und das bei einer damals vernachlässigbaren Inflation. Der Koalition ist immerhin im Jahr 2022 eine bemerkenswerte Trendumkehr gelungen, indem trotz massiver Teuerung dem Trend der übermäßigen Verschuldung 2022 ganz deutlich reduziert werden konnte. Im Jahr 2023 wurde trotz Anhalt einer Kostensteigerung von 7,8 Prozent immerhin erreicht, die Neuverschuldung weit unter diesem Verbraucherpreisindex, nämlich auf 2,8 Prozent zu begrenzen. Das bedeutet, dass

allein damals anstelle einer geplanten Verschuldung von 1,61 Milliarden Euro eine um 64 Millionen Euro niedrigere Verschuldung, nämlich 1,54 Milliarden Euro, erreicht wurde. Die von der ÖVP gerne in die Welt gesetzte Erzählung über ihre großartige Wirtschaftskompetenz und die diesbezügliche Unfähigkeit der Stadtregerung erweist sich bei näherem Hinschauen als das, was sie ohnehin immer war, nämlich als ein Märchen, eine Chimäre ähnlich jener, wonach die Koalition eine Standort- und Verkehrspolitik betreibe, die die Menschen aus unseren schönen Einkaufsmeilen vertreiben würde. Ich erinnere mich nicht ohne Belustigung an eine vor nicht allzu langer Zeit stattgefundene Sitzung in diesem Raum, in der von gähnender Leere auf den Straßen der Innenstadt die Rede war, während die Stadt in Wirklichkeit im gleichen Augenblick so voll war, dass man aus dem Rathaus kaum herausgekommen ist. In, glaube ich, der gleichen Woche, oder der nächsten, wies eine Erhebung ein Rekordniveau an Besucher der Innenstadt aus. Dieses Rekordniveau wurde, wie wir ja wissen, 2024 noch einmal überboten, übertroffen. Als dann ja evident war, dass Ihre Erzählung von der Vertreibung der Menschen aus der Innenstadt durch die Koalition unhaltbar ist, wollten Sie uns dann in der Folge gerne die Verantwortung dafür umhängen, dass die vielen Menschen, die dort in der Stadt sind, weniger einkaufen. Die Schlüssigkeit einer derartigen Erklärung finde ich allerdings sehr schwach, würde ich einmal sagen. Wenn Sie heute dann noch sagen, dass zwar die Innenstadt voll ist, aber die Umsätze wegen der Wegnahme von Parkplätzen so schlecht sind, dann muss ich Sie fragen, glauben Sie denn ernsthaft, dass Menschen, die mit dem Auto in die Stadt kommen, einkaufen und die, die mit der Straßenbahn in die Stadt kommen, nur spazieren gehen? Ich glaube das nicht. Wir haben heute nochmals, und zwar schon zum zweiten oder dritten Mal, das Beispiel Knilli gehört. Ich habe mir das im Firmenbuch angeschaut...

Zwischenruf

Gemeinderat **Hackenberger:**

Knilli ist ein neues Unternehmen gewesen, 2020 gegründet, da hat es von Anfang an erhebliche Verluste geschrieben, die halt irgendwann in den Konkurs geführt haben., Die haben schon Ende 2022, bevor die Baustelle dort angefangen hat, 1,5 Millionen Euro Schulden gehabt. Das können Sie im Firmenbuch, in der Bilanz nachlesen, für jedermann zugänglich. Soweit so gut, aber es muss uns natürlich allen klar sein, dass wir das wirtschaften, angesichts der vielen Krisen in und um Europa und vor allem des voll im Gange befindlichen Strukturenwandels in volkswirtschaftlich ganz wichtigen Bereichen, namentlich der Industrie oder eines Teils der Industrie, auch in dieser Stadt nicht einfach fortsetzen werden können, so als gäbe es diese Veränderungen nicht, denn es ist vollkommen klar, dass vom Bund über den Finanzausgleich im Wege der Länder verteiltes Geld, welches die wirtschaftliche Basis unserer Gemeinden darstellt, deutlich weniger werden wird, sofern im Bereich des Bundesbudgets nicht noch Wunder geschehen sollten. Für 2025 sind, ich lasse jetzt einmal die Ersatzzahlung für landesgesetzlich geregelte Sozialbereiche weg, weil das sind nur Durchläufer, für 2025 sind Einnahmen über das Finanzausgleichsgesetz und Bedarfszuweisungen, also sozusagen Gelder, die von außen kommen, in Höhe von ca. 509 Millionen und eigene Einnahmen und Abgaben über Abgaben und Steuern von 385 Millionen geplant. Das bedeutet, dass 57 % von insgesamt 895 Millionen an Einnahmen von uns als Stadt Graz überhaupt nicht gesteuert werden können und von den restlichen ca. 43 % unserer Einnahmen sind die allermeisten, ich würde sagen, zumindest sieben oder acht von zehn eingenommenen Euro landesgesetzlich geregelt, sodass wir hier auch nur einen sehr beschränkten Einfluss haben. Wenn wir uns andererseits die Ausgabenseite ansehen, müssen wir feststellen, dass auch hier von den beispielsweise für 2025 budgetierten Gesamtausgaben von 992 Millionen Euro der allergrößte Anteil für die von Gesetzeswegen auferlegten Verpflichtungen und Leistungen wie gesetzliche Sozialleistungen, Personalkosten, Pensionsleistungen, Straßenerhaltung etc., aufgewendet werden müssen. Apropos Personalkosten, wie man dem am heutigen Tag zu beschließenden Dienstpostenplan entnehmen kann, ist eine Neuschaffung von 112 Vollzeitäquivalenten vorgesehen, dafür können auf der anderen Seite 29

eingespart werden. Stellt man weiters in Rechnung, dass in der Küche Graz nur deshalb 9 neue Dienststellen geschaffen werden, weil die bisher von Leiharbeitskräften verrichtet wurden, ergibt das saldiert 75 neue Dienstposten. Allein 45 davon werden Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner zur Verfügung stehen, der sie in seinem Ressort dringend als Verstärkung für den schulischen und den Kinderbetreuungsbereich benötigt. Es bleiben also ganze 30 neue Dienstposten für sämtliche anderen Abteilungen, was bei einer wachsenden Stadt mit etwa 4.000 Mitarbeiter:innen, keine argwöhnischen Fragen nach dem Grund für diese minimale Personalaufstockung aufkommen lassen sollte.

Schließlich ist noch darauf zu verweisen, dass der Großteil der Mehrkosten im Personalbereich, auf eine inflationsbedingte Erhöhung der Gehälter zurückzuführen ist und im Hinblick auf eine sehr restriktive Personalpolitik in den letzten Jahren, zum Beispiel 2023, 5,7 Millionen Euro eingespart werden konnten. Die Planung für 2025 ging daher von einer relativ niedrigen Basis aus und in absoluten Zahlen entspricht die Summe der Mehrkosten unter Einschluss der Gehaltserhöhungen etwa dem, was wir 2023 eingespart haben, was angesichts der inflationsbedingten Teuerung einen bemerkenswerten Einsparungswillen dokumentiert. Die erheblichen und notwendigen Einsparungen lassen sich aus dem Budget für sämtliche Ressorts herauslesen. Einzige Ausnahme, das haben wir heute schon gehört, ist das Amt für Jugend und Familie beziehungsweise Abteilung für Bildung und Integration, in denen erhebliche Ausweitungen der Mittel erfolgen. Damit passiert genau das, was Herr Stadtrat Hohensinner, im Übrigen vollkommen zu Recht, eingefordert hat und was für unsere zentralsten Aufgaben und Zukunftsperspektiven, nämlich Bildung beginnend im Kleinkindalter notwendig und für die positive Weiterentwicklung unserer Stadt essentiell ist. Graz ist ja gemessen an seiner Einwohnerzahl, eine unglaublich spannende, vielseitige Stadt, um deren Qualitäten uns viele vergleichbare Städte beneiden, angefangen von einer großen Anzahl exzellenter Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten, inklusive dreier international aufgestellter Universitäten über ein fast unüberschaubares Kulturangebot von Oper und Schauspielhaus, internationalen Musikfesten und einer lebhaften, freien Kulturszene, bis zu unserer architektonisch

und historisch wertvollen Altstadt samt einer gemütlichen Gastro-Szene und besten Einkaufsmöglichkeiten finden die Bewohner:innen jedenfalls und die Gäste unserer Stadt alles vor, was man anderswo von Großstädten erwarten kann. Dazu kommen viele gute Wohnquartiere, die längerfristig durch die Tätigkeit dieser Stadtregierung im Wege von Verkehrsberuhigungs- und Klimaschutzmaßnahmen immer besser vor Lärm und sonstigen Umwelteinwirkungen geschützt werden und damit aufgewertet sowie wachsende Bereiche von Erholungsflächen, Grünraum und innerstädtischen qualitätsvollen Aufenthaltsbereichen. Natürlich können wir angesichts der wirtschaftlichen und budgetären Großwetterlage nicht völlig sorgenfrei in die Zukunft blicken. Der Österreichische Städtebund, der sich intensiv mit der Dynamik der zu erwartenden budgetären Veränderungen auseinandergesetzt hat, prognostiziert den Städten Österreichs einnahmenseitig für die Jahre bis 2027 schrumpfende Ertragsanteile und ausgabenseitig ganz erhebliche Steigerungen. Die absehbare Erhöhung der Ausgaben ist, abgesehen von den Effekten der Inflation und der dadurch zu erwartenden hohen Gehaltsabschlüsse sowie höheren Kreditzinsen, vor allem durch eine hohe Dynamik in den Bereichen Schulen, Soziales und Gesundheit mit erwartenden 8 bis 10 % Steigerung pro Jahr, dramatisch. Daneben sind weitere Kostentreiber abzusehen, wie etwa Energie, wie auch in vielen anderen Bereichen. Das betrifft beispielsweise die Schulen mit einem Mehrbedarf an Sozialschularbeit und Stützkräften für die steigende Zahl von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, die Elementarpädagogik mit höheren Kosten zur Beseitigung des Personalmangels, aber auch dem Energiebereich mit Renovierungsverpflichtungen aufgrund der EU-Energieeffizienz- und Gebäuderichtlinie. Wir können also zweifelsfrei nicht unter den gleichen Prämissen weiter wirtschaften, die uns die letzten zehn Jahre bestimmt haben. Was wir aber schon können, ist, uns so gut wie möglich auf die Situation einzustellen und die richtigen Maßnahmen zu setzen, um allen Grazerinnen und Grazern trotz der beengenden Rahmenbedingungen weiterhin eine hohe Lebensqualität und einen guten Weg in die weitere Zukunft zu ermöglichen. Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen hat, angeblich Aristoteles, zur Lösung dieses Dilemmas einmal gesagt.

Was heißt also richtiges Sparen in diesem Sinne und in diesen herausfordernden Zeiten? Claudia Unger hat es mit „das rechte Maß“ beschrieben, dem kann ich mich voll und ganz anschließen. Es bedeutet nämlich nichts anderes, als die vorhandenen beschränkten Mittel so klug einzusetzen, dass sie die größtmöglichen positiven Effekte für unsere Bevölkerung bewirken. Die dahinterstehende Aufgabe ist, alles andere als trivial, und zwar insbesondere mit einem Blick darauf, dass der größte Teil unserer Ausgaben durch gesetzliche Pflichtleistungen determiniert ist und ein großer Beitrag von den Kosten der unverzichtbaren Daseinsvorsorge bestimmt wird. Ich darf davon ausgehen, dass niemand hier im Raum und auch niemand, der in Graz zu Hause ist, Verhältnisse vorfinden will, wie sie nicht so selten in anderen, durchaus auch wohlhabenden Städten und Ländern, an der Tagesordnung sind, wie beispielsweise volle Abfallkübel und Schmutz und Abfall auf Straßen und Gehsteigen, eine große Anzahl auf der Straße lebender Menschen, denen die nötige Unterstützung für ein menschenwürdiges Leben vorenthalten wird oder schmutzige und unbeheizte öffentliche Gebäude, geschlossene Museen und kulturelle Einrichtungen, unterbezahlte und entsprechend demotivierte Mitarbeiter:innen in der öffentlichen Verwaltung. Das vorliegende Budget bietet Gewähr dafür, dass das alles nicht passieren wird und verliert gleichzeitig nicht aus dem Auge, dass wir immer stärker in Richtung eines ausgeglichenen, ordentlichen Haushaltes steuern müssen, weil es ein nächstes und ein übernächstes Budget geben wird, in denen die gleichen Regeln gelten werden.

Bei der Verfolgung dieser Ziele der Stadtregierung kommt uns durchaus zugute, dass die ÖVP, die sich selbst so gerne als Wirtschaftspartei bezeichnet, ihre hochfliegenden Pläne der Vergangenheit nicht umsetzen konnte, sondern rechtzeitig im Jahr 2021 abgewählt wurde. Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören und dass wir das schon öfters gesagt haben, aber man sollte sich das bei Gelegenheit, und das ist jetzt, glaube ich, ein passender Zeitpunkt, durchaus noch einmal vor Augen führen, denn wäre das nicht so gewesen, stünden wir heute mitten in den Vorbereitungen einer Olympiade, mit unvorstellbar riesigen Ausgaben und vielleicht in der Planungsphase einer U-Bahn, die wir jedenfalls nicht stemmen hätten können.

Zwischenruf

Gemeinderat **Hackenberger:**

Können wir das nachher dann diskutieren? Ich glaube, da verlieren wir uns, das ist jetzt nicht....Dazu kommt noch, dass wir, ging es nach der ÖVP, ja gleichzeitig unverantwortlich hohe Ausgaben und andererseits viel zu wenig Budget für die einzelnen Ressorts geplant hätten, was sich für mich irgendwie nach einer schizophrenen Betrachtungsweise anhört, weil natürlich das eine das andere ausschließt, funktioniert nicht und da muss ich der Claudia Unger jetzt vorhalten, dass ich hinter diesen gleichzeitigen Forderungen das rechte Maß überhaupt nicht sehen kann. Im Ergebnis kann man sagen, dass wir von dieser Wirtschaftspartei in Wirtschaftsfragen sicherlich nichts lernen können, wozu noch kommt, dass die heutigen Bemerkungen, dass die Stadtregierung ja nur etwas von Wirtschaften von Kolchosen versteht, sehr untergriffig und niederträchtig waren, eigentlich. Dennoch glaubt die ÖVP weiterhin, uns in Wirtschaftsfragen herablassend und schulmeisterlich behandeln zu können, wie man das heute wieder sehen konnte. Dass sich das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben im nächsten und übernächsten Jahr nicht ohne Verstärkungsmittel ausgehen wird, ist eine bedauerliche, angesichts unserer städtischen Aufgaben, aber schwer änderbare Tatsache. Der Anspruch gegenüber dem Bund anlässlich immer größer werdender Aufgaben, noch mehr als bisher, zur wirtschaftlichen Stabilität der Gemeinden beizutragen, vereint uns mit praktisch allen anderen Städten und Gemeinden in Österreich, denn es ist weder Zufall noch ein Zeichen von allgemeiner Misswirtschaft, dass fast die Hälfte aller österreichischen Gemeinden derzeit und auch in näherer Zukunft, keine ausgeglichenen, ordentlichen Haushalte aufweisen und aufweisen werden. Leise Anzeichen dafür, dass der Bund sich hier bewegt, hört man ja derzeit aus Wien, wenn durchaus vernehmlich von einer möglichen Anpassung der seit Jahrzehnten völlig unrealistischen, niederen Einheitswerte gesprochen wird, denn die aus den Einheitswerten resultierenden Einnahmen stellen Abgaben dar, die den Gemeinden zugutekommen. Die Schweiz, die gerne als wirtschaftliches Vorbild herangezogen wird, nimmt von einem

durchschnittlichen Einfamilienhaus-Eigentümer oder Eigentümerin ca. 1 bis 3 % des tatsächlichen Verkehrswertes im Jahr als Grundbesitzsteuer. Von solchen Beträgen können wir in Österreich natürlich nur träumen, aber auch eine moderate Anpassung dieses Systems würde uns doch deutlich helfen, dass wir unsere gesetzlichen und auch unsere sozialen de facto Verpflichtungen - immerhin ist Graz Menschenrechtsstadt - leichter bewältigen können. Derzeit ist die Finanzierung gesichert. Wir können uns auch über die Investitionen freuen, die die fernere Zukunft von Graz sicherstellen, was ja nicht nur ein nice to have ist, sondern vor allem, wenn man in Richtung Klimaschutz geht, auch ganz massive wirtschaftliche Auswirkungen hat, wie die Radoffensive, die Neu- und Ausbauten im Schulsektor, Innenstadtentlastung, Ausbau des Straßenbahnnetzes, die Anschaffung neuer Straßenbahnen, das Neutorviertel beispielsweise oder die neue städtische Zentralküche und aber auch die klimagerechte Neugestaltung von Plätzen und die Neupflanzung von vielen Bäumen und Entsiegelung und Begrünung bisher versiegelter Flächen im Straßenraum. Das sind alles keine Prestigeprojekte, die der Wichtigtuerei der politischen Akteure dienen, sondern das sind Dinge, die den Menschen in Graz nutzen und nicht den Politikern. Und was man nicht vergessen sollte, ist auch, dass zum groben Unterschied zu früher, es die derzeitige Stadtregierung geschafft hat, den Bund bei den Infrastrukturen ganz massiv an Bord zu holen. Insofern muss ich auch der Claudia Unger widersprechen, man hätte sich nicht bemüht, Kofinanzierungen oder Finanzierungen von außen zu organisieren, wir bekommen, ich darf daran erinnern, 38 Millionen für den Straßenbahnausbau, 9,2 Millionen aus dem Klimaaktivfonds für Geh- und Radwege und nur ein kleiner Posten, aber jetzt € 167.000 für die Neuerrichtung des Hofbauermarktes.

Ich schließe meine Bemerkungen damit, dass wir heute ein gut durchdachtes, rechtlich einwandfreies Budget zu beschließen haben, welches die gute Lebensqualität der Grazer Bevölkerung ins Zentrum stellen und eine gute Zukunft unserer Stadt sicherstellt. Gleichwohl nehmen wir die heftige Kritik des Stadtrechnungshofes ernst, wenn auch die Finanzdirektion entgegen deren Auffassung die Ordnungsmäßigkeit des Budgets betont, was die Nachhaltigkeit betrifft, werden wir um einschneidende,

allerdings wohl zu überlegende Sparmaßnahme nicht herumkommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Zur Geschäftsordnung?

Stadtrat **Riegler**:

Zur Geschäftsordnung: Also erstens einmal haben wir jetzt gerade erlebt, wie der Herr Doktor Hackenberger die Oppositionsfraktion ÖVP als schizophren bezeichnet hat, das ist ein Vorwurf, dass jemand oder die Behauptung, dass offenbar wir psychisch erkrankt seien, und ich möchte das in aller Form von uns weisen, möchte in aller Form um Zurücknahme dieser Beleidigung bitten, wenn Sie noch dazu gleichzeitig von sich aus ständig uns alle möglichen Vorwürfe machen.

Zweitens möchte ich dann schon auch die Frau Vorsitzführende darum bitten, auch einzuschreiten, wenn solche unflätigen Beschimpfungen vom Rednerpult aus stattfinden und wenn darüber hinaus auch dann um mehrere Minuten die Redezeit überzogen wird und sich die Vorsitzende weigert, dann den Redner daran zu erinnern, dass er schon um drei Minuten die Redezeit überschritten hat.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Es waren 2.50 Minuten und ich glaube, es haben sich heute einige andere im Saal auch etwas mehr Zeit genommen. Ich schaue mit Augenmaß, mit rechtem Maß auf die Zeit, die hier verbraucht wird.

Es kursieren mehrere Ideen davon, wie die Mittagspause sich gestaltet, es weiß niemand so genau, weil es unterschiedliche Auffassungen gibt. Was sich herauskristallisiert ist, eigentlich war ursprünglich geplant, die Hauptredneri:nnen fertig zu machen und dann eine Pause, da gibt es unterschiedliche Auffassungen, halbe

Stunde oder Stunde. Ich mache deswegen jetzt einen Vorschlag: Die Hauptreden fertig und eine halbe Stunde Pause, wer ist dafür?

Zwischenruf

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

13 bis 14 Uhr würde heißen jetzt sofort.

Zwischenruf

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

60 Minuten nach den Hauptreden. Wir stimmen darüber ab, bitte. Wer ist dafür? 60 Minuten nach den Hauptreden ist der Vorschlag. Also noch einmal, 60 Minuten nach den Hauptreden, wer ist dafür? Das ist jetzt einstimmig. Gegenprobe, wir machen nach den Hauptreden 60 Minuten Pause. Dann kommt jetzt als nächster Redner zu Wort der Herr Klubobmann Pascuttini. Bitte kurz davor noch tatsächliche Berichtigung, eine Wortmeldung vom Herrn Klubobmann, bitte ganz kurz um Verständnis.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Entschuldige, lieber Kollege Pascuttini, es wird nicht lange dauern. Ich möchte nur ganz kurz auf etwas reflektieren. Der Herr Riegler war offenbar schon so erodiert, wenn ich das so sagen darf, in seiner emotionalen Verfassung, ich habe ihn ja gut beobachten können, dass er von einer Schizophrenie, die der Kollege Hackenberg der ÖVP unterstellt haben, nicht die Rede sein kann, sondern die Argumentation der ÖVP sei an manchen Punkten schizophren. Das war das, was Kollege Hackenberg gesagt hat.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Nächste Wortmeldung.

9.4 Klubobmann Pascuttini, KFG (13.13 Uhr – 13.35 Uhr):

Hoher Gemeinderat, hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren
Medienvertreter, sehr geehrte Zuseher, sehr geehrter Finanzstadtrat, leider bist du nicht mehr da, aber ich hoffe, du erscheinst bald wieder. Normalerweise haben wir immer ein Kolloquium in der Fragestunde, heute nicht, schade, dass du nicht da bist, aber egal, auch in deiner Abwesenheit sein mir ein paar Worte über deine Amtsführung und über dein Arbeiten im Budgetbereich der Stadt Graz erlaubt. Ich werde keine psychischen Auffälligkeiten diagnostizieren, sondern einfach das sagen, was ich mir denke und wie sehr, sehr viele Menschen, einschließlich von Experten, auch sehen. Wir haben in den letzten Tagen sehr, sehr viel gehört. Also, es wird oft von Stillstand gesprochen, der jetzt durch dieses Budget droht, darüber freue ich mich, also Stillstand heißt eigentlich, diese Koalition macht nicht mehr weiter wie bisher. Das ist eigentlich etwas Gutes für Graz, also den Stillstand sehe ich nicht so schlimm an, sollte er denn kommen. So eine Art Grazer Government Shutdown, wo einmal dann nichts mehr weitergeht, gut, ok, nehme ich zur Kenntnis. Sie, Herr Finanzstadtrat, der jetzt leider nicht da ist. Der jetzt wieder da ist, ich freue mich, hallo Manfred. Sie haben vorhin in Ihrer Rede gesagt, ihr werdet sicherstellen, dass die Liquidität in den nächsten Jahren gesichert ist, und das wurde so als monumentale Errungenschaft verkauft. Also, grundsätzlich, wenn die Liquidität sichergestellt ist, wenn das schon der hohe Anspruch ist, den man in der Stadt Graz hat, dann muss ich den Kopf schütteln. Das ist ja das absolute Mindestmaß, das es geben sollte, dass wir noch liquide sind, dass wir noch Zahlungen tätigen können, also das ist das absolute Mindestmaß. Dafür gibt es jetzt von meiner Seite keinen Dank. Dann sprechen Sie, lieber Finanzstadtrat, vom Großkapital, das Sie irgendwie für die missliche Lage der Stadt Graz verantwortlich machen. Was ist dieses Großkapital? Sind das die Firmen, sind das böse Mächte, ist das, ich weiß es nicht, keine Ahnung. Wen meinen Sie damit mit dem Großkapital? Wenn Sie die großen Firmen, die großes Kapital im Grazer Stadtgebiet vereinen meinen, dann sollten wir froh sein, dass die da sind, was produzieren, Strom auch sozusagen abgeben, da sollten wir froh darauf sein, da sollten wir nicht dies so

verächtlich Großkapital nennen, weil da muss man dann schon ein bisschen den Kopf schütteln. Der Kollege Hackenberger von den Grünen, der war jetzt der erste Verteidiger sozusagen, der erklärt uns dann das Grundbuch. Danke dafür. Der hat uns dann auch erklärt, Sie machen ja gar keine Prestigeprojekte. Damit haben Sie Recht, weil Prestigeprojekte bringen Prestige in der Bevölkerung, und da sagen die Leute: „Danke dafür, liebe Stadtregierung“, das denken sich in dieser Stadt sehr wenige. Danke für das, was ihr anrichtet. Also sind es keine Prestigeprojekte, damit haben Sie Recht. Sie sind dann wehleidig, wenn es ein bisschen härter wird. Ich sage immer, wer austellt, muss auch einstecken können und dann zeichnen Sie Bilder, die ich nicht nachvollziehen kann. Sie sprechen von Städten, die in Müll versinken und wo die Obdachlosenherden herumziehen. Erstens, das war vor ihrem Amtsantritt nicht der Fall und zweitens korrigiere ich, es ist bereits jetzt der Fall, dass wir teilweise in Graz Hotspots haben, wo Müll abgelagert wird. Da habe ich heute einen Antrag eingebracht, den bringe ich Ihnen später zur Kenntnis, betrifft die Talstraße, also ich weiß nicht, was Sie uns damit sagen wollen und ob es jetzt sinnvoll ist, den Gemeindebau, der richtigerweise in der letzten Periode, in eine andere Richtung gelenkt worden ist, wieder zurück in diese dunkle Zeit zu führen, wo man dort wirklich sozusagen alle möglichen Menschen unterbringt, die dann die Wohnungen beschädigen, die nicht zahlen und dergleichen. Ob das hier richtig Weg ist, ich wage es, es sei dahingestellt.

Ich möchte Ihnen einen kurzen Fahrplan auch geben, sehr geehrte Zuhörer, wie wir jetzt vorgehen werden. Ich werde kurz einmal den Status quo erheben und auch auf diesen Bericht des Stadtrechnungshofes eingehen, der gestern erschienen ist. Der hat mich doch etwas verwundert. Wir werden dann einmal in die Vergangenheit blicken, weil eines tue ich nicht, Herr Finanzstadtrat, ich mache Sie nicht für alles verantwortlich, was heute falsch läuft. Das wäre nicht fair und ich versuche immer halbwegs fair zu bleiben. Wir werden dann ein bisschen die Probleme analysieren, mit denen Sie zu kämpfen haben und dann werde ich auch ein paar Worte zu diesem Budget konkret verlieren, wo ich Ihnen dann auch sage, was Sie besser hätten machen können. Zum einen muss ich sagen, also dieser Bericht des Stadtrechnungshofes, ich

habe ihn jetzt leider drinnen liegen gelassen, aber Sie haben ihn sicher alle gestern gelesen, der mutet etwas merkwürdig an. Also, das Titelblatt, komisch designt, Grazer Geldgeschichten. Was sollte sein? Ein schlechter Roman? Dann ist auf der Seite ein rotes Band runter, graphisch komisch, oben ein Fragezeichen. Das ist schon sehr reißerisch und man muss schon eines sagen, auch wenn die Lage schlecht ist und es gut ist, zu warnen, man verunsichert damit immer Kapitalgeber, wenn der eigene Stadtrechnungshof plötzlich beginnt reißerische Berichte zu designen, weil man muss auch eines sagen, ich habe mir alle Berichte des Stadtrechnungshofes, die online sind, heute Nacht angesehen. Nur das Titelblatt, die sind alle ganz neutral gehalten. Jetzt kommen reißerische Farben und es wird versucht minder lustig zu sein, gut, graphisch nicht besonders gelungen. Inhaltlich muss man dann schon sagen, gefällt mir der erste und der letzte Absatz besonders gut, weil da kann man wirklich sagen, inhaltlich voll getroffen, wie wohl man natürlich auch streiten kann, ob das dann tatsächlich so ist, weil der Stadtrechnungshof zeigt auf, bereits im Jahr 2013 zeigte die Finanzierungs- und Zinsrisikostategie, die Stadt Graz konnte sich die laufende Rückzahlung neuer Schulden nicht mehr leisten. Das war ein Alarmsignal im Jahr 2013 und jetzt könnte man dann mit den diversen Experten sprechen, darüber streiten, ob es 2013, 2007 oder 1998 in die falsche Bahn geraten ist die Stadt, weil da kann man überall Argumente dafür finden. Ich halte nichts davon jetzt Schuldenstände zu vergleichen und zu sagen: „Ja, aber damals waren es nur 500 Millionen und heute sind wir bei 2,4 Milliarden“, weil halt 500 Millionen damals, kaufkraftbereinigt anders viel Geld sind also heute die 2,4 Milliarden. Da muss man vorsichtig sein, nicht die absoluten Zahlen miteinander vergleichen. Also, man kann jetzt nicht sagen: „Damals nur 500 Millionen, heute 2,4 Milliarden, was für ein Wahnsinn“. Wir haben eine Rekordinflation gehabt und daraus tut sich natürlich dann einiges. Der letzte Absatz des Stadtrechnungshofberichtes hat auch sehr, sehr viel Wahres in sich, weil der Rechnungshof gibt eigentlich den Pfad vor, den wir hätten jetzt bestreiten müssen. Wir tun es nur nicht. Um das Risiko des unkontrollierten Stillstands zu verringern, ich sage, um den Crash zu verhindern, „sieht der Stadtrechnungshof das dringende Erfordernis einer umgehend beginnenden, vorbehaltlosen Aufgabenkritik und deren Umsetzung,

sowie einer weitgehenden Reduktion der freiwilligen Leistungen“, und damit hat der Stadtrechnungshof vollkommen Recht. Jetzt kann man natürlich, wenn man ein kritischer Zeitgeist ist, sagen, naja, wo waren diese Warnungen, diese Rufe in der Vergangenheit, weil es gab sie schon, diese Rufe des Stadtrechnungshofes, wo man das eine oder andere Mal genau hinhören musste. Das war medial nie so hochkochend. Das waren schon diese Kassandrarufo, die man halt leider nicht gehört hat und missachtet hat. Wenn wir in das Jahr 2016 schauen, Seite 74 und Seite 75, Vorprüfung des Rechnungsabschlusses im Jahr 2016, im Analyseteil: Die Manövriermasse, langläufig auch „freie Finanzspitze“ genannt, zeigt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde Graz. Ein Wert unter null deutete darauf hin, dass die fortlaufende Gebarung nur auf Basis einer Netto-Neuverschuldung finanzierbar war. Die Werte zeigen deutlich, dass die Stadt grundsätzlich keine finanziellen Spielräume für neue Projekte und Investitionen hatte. Ein Alarmsignal im Jahr 2016, wo man sagen muss, ok, da ist schon etwas nicht mehr so gut gelaufen. Dann schauen wir weiter, Sie können das alles nachlesen, wie sich die Finanzspitze entwickelt hat. Nicht sonderlich gut. Sie können dann in das Jahr 2017 schauen. Da habe ich eine Kuriosität, eine Auffälligkeit gefunden, und zwar am YouTube-Kanal des Stadtrechnungshofes. Der betreibt einen YouTube-Kanal, ab und zu kommen da Videos in unregelmäßigen Abständen. Ein kritisches Video hat er da herausgebracht, das können Sie sich selbst ansehen, um Zeit zu sparen. Ich werde Ihnen nicht alle Folien davon vorlesen, aber Dinge schrecken mich einfach, wenn ich lese „Im Jahr 2017 wurden über acht Millionen Euro falsch kontierte Belege gefunden“. Das ist schon, die hat man nicht alle im FPÖ-Gemeinderatsklub gefunden. Dann steht da weiterhin „Externen Bestätigungen fehlten die Vollständigkeit und die Richtigkeit“. Ist auch etwas, wo ich sagen muss, finde ich bedenklich und hätte das damals schon einer besseren Würdigung auch bedurft durch die Bevölkerung, aber auch durch Sie, durch die vertretenen Parteien im Gemeinderat. Wenn man sich dann weiter anschaut, 2020, also für mich immer dieses Jahr, wo man sagt, die Wende sozusagen, wohin auch immer, „Die freie Finanzspitze blieb negativ, es war kein Spielraum für Investitionen aus dem Budget der Stadt Graz vorhanden. Die Eigenfinanzierungsquote von 74,96 % war als kritischer Wert

anzusehen“, das betrifft alles nicht Ihre Regierung, also wir haben davor schon eine sehr, sehr schlechte finanzielle Gesamtlage gehabt. Das ist jetzt aber etwas, wo ich immer sage, es ist wichtig, den Status quo zu heben, was Sie bei der Amtsübernahme übernommen haben, nur, ich kann nicht etwas übernehmen, was hochtoxisch ist, warum auch immer, und dann sagen, gut, am besten mache ich jetzt einmal gar nichts, ich schaue jetzt einmal zu, wie sich die Dinge entwickeln. Ich nehme Sie natürlich wieder ein bisschen aus der Verantwortung, weil am Anfang, wenn man sich vorstellt, das Ganze wäre ein Krankenhaus, da waren Sie dann der Krankenhausbetreiber, und sie haben nach einer Zeit feststellen müssen, dass Ihr Chefarzt eigentlich gar kein Arzt ist, sondern bestenfalls ein Schamane. Den haben Sie dann sozusagen weggelobt und gut versorgt mit einer dauerhaften Finanzierung durch die Stadt Graz und haben sich dann einen wirklichen Chefarzt geholt, der jetzt Finanzdirektor Johannes Müller heißt und am Patienten Graz weiterwerkelt. Der Patient war krank, der Patient hat aber bis 2020 bis 2021 überlebt, und jetzt kann man natürlich dann schon auch sagen, davor waren halt auch Menschen am Werk, die wussten, was sie tun. Der Patient hat zumindest gelebt. Ob er gut gelebt hat oder nicht, das kann uns der Patient leider nicht sagen, er ist schwer krank und liegt in Koma, aber er hat gelebt. Jetzt ist die Frage, wie geht es mit dem Patienten seit 2021 weiter? Mittlerweile muss man schon sagen, der ist im künstlichen Tiefschlaf angelangt und da reißt es regelmäßig das EKG rauf. Warum? Welche Probleme hat die Stadt? Wenn man sich das einfach einmal analysiert, ganz trocken, gibt es natürlich Probleme, für die können Sie nichts, da spreche ich Sie auch völlig von jeder Schuld frei. Die generelle wirtschaftliche Lage ist seit 5, 3 oder was auch immer Jahren ein Desaster. Der Staat verschuldet sich, die Republik Österreich gibt das von oben durch runter, es gibt multiple Krisen, die hat es aber auch früher gegeben. 2008 Finanzkrise, danach Eurokrise, das waren ja alles Dinge, die sich heute noch auswirken, wo wir damals mit dieser Niedrigzinspolitik gedacht haben, wir fahren das jetzt auf Jahrzehnte. Dass das irgendwann abrupt endet, ins Gegenteil geht, ist zwar Ihr Pech, dass Sie das erleben mussten in Verantwortung, Sie können dafür nichts. Die Lage der Gemeinden in Österreich, wenn man sich vergleichbare Gemeinden anschaut, und da meine ich jetzt nicht die

Gemeinde Geistthal-Södingberg, die mag auch ihre finanziellen Probleme haben, wie die Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner ausgeführt hat, aber was diese 1.449 Einwohner dort mit dem Gemeindebudget aufgeführt haben, interessiert mich nicht. Wenn man in die vergleichbaren Städte schaut, Klagenfurt oder auch nach Bregenz, wo ja keine Kommunisten regieren, ist es dort halt auch relativ Ebbe in der Gemeindekassa, also da schaut es halt schlecht aus. Das muss man sagen. Wir haben dann die besondere Situation in Graz mit einem sehr, sehr unfairen Finanzausgleich, der uns benachteiligt. Ist auch ein Fakt, hat sich auch noch nie geändert. Dafür können Sie auch nichts. Die Steuerreform auf Bundesebene ohne Gegenfinanzierung, schon vorhin abgehandelt, auch etwas, was nicht sonderlich sozusagen in Ihren Verantwortungsbereich folgt, aber dann, jetzt kommen die Dinge, und die werden Sie weniger freuen, wofür Sie etwas können und in allererster Linie, Herr Finanzstadtrat, Sie können etwas für diese Koalition, und warum können Sie etwas für diese Koalition? Diese Koalition besteht, man mag es kaum glauben, aus drei Partnern. Da gibt es die Grünen, die sind verhaltensauffällig, aber das ist nicht negativ gemeint oder gar in psychiatrischer Hinsicht. Dann gibt es Ihre Fraktion, die ist auch sehr umtriebig, ist bei den Menschen, macht diverse Dinge und dann gibt es noch die SPÖ. Und von der SPÖ liest man in regelmäßigen Abständen in den letzten Jahren teilweise Kurioses, also wenn der Kühlschrank eingefordert wird im SPÖ-Klub, aber teilweise auch dann, wenn Ihnen die Frau Soziallandesrätin, bald außer Dienst, aber noch Soziallandesrätin, kräftig in die Budget-Suppe spuckt, dann hat man von Ihrem Koalitionspartner SPÖ gelesen. Ich darf nämlich erinnern an das Sozial- und Pflegeleistungsfinanzierungsgesetz. Das hat der Stadt aber richtig, richtig, richtig Probleme gemacht. Ist Ihr Koalitionspartner, ich verstehe schon, man kann von Grazer Sicht auf den Bund schimpfen und auf Wien und selbst, wenn es die gleichen Parteien sind, sind es doch die Wiener. Gut, verstehe ich, aber das Landhaus ist dort drüben und das ist Ihr Koalitionspartner, der Ihnen mit diesem Pflegeleistungs- und Sozialfinanzierungsgesetz richtig große Probleme gemacht hat in budgetärer Hinsicht und das ist dann in Ihrer Verantwortung, weil da hätte man der SPÖ eigentlich die koalitionsinterne Tür zeigen müssen und da hätten sich bei einem mutigen Schritt andere Personen gefunden, die gesagt hätten: „Super, Herr

Finanzstadtrat, da werden wir einmal ihren Rücken stärken“, das muss man ganz offen sagen. Sie haben zugesehen, wie die SPÖ Ihnen in die Koalition-Suppe, in die Budget-Suppe spuckt und wir dürfen es jetzt alle auslöffeln. Das finde ich nicht sehr angenehm. Wenn man dann weiterschaut zum aktuellen Budget, dann sagen Sie immer: „Einnahmenseitig, da müssen wir mehr Einnahmen schaffen“. Ich finde, einnahmenseitig ist es nicht so tragisch, die Ertragsanteile, die mehr oder weniger kommen, das könnten wir alles managen. Bitte hören Sie auf zu versuchen, auf unterster Ebene, auf kommunaler Ebene, nicht despektierlich gemeint, irgendwelche Fantasien umzusetzen. Beispiel: Die Leerstandsabgabe. Die hat uns bis dato sehr, sehr viel Geld gekostet durch die neuen Mitarbeiter und wie viel ist da schon hineinkommen? Ja natürlich gar noch nichts. Die fantastischen Berechnungen, die es gibt /. Ein simples Rechenbeispiel: Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 70 m² könnte die Stadt alleine in diesen beiden Bezirken, Jakomini und Geidorf, rund 170.000 Euro lukrieren. Ja, Wahnsinn, also mit der Leerstandsabgabe 170.000 Euro mehr, da hätten wir halt diese Probleme alle nicht. Das muss man ganz offen so sagen. Also bis dato wurde nur mehr Personal eingestellt und die Kosten hochgetrieben und daraus ist nichts gekommen. Ich erinnere auch damals an die Aussagen vom Herrn Finanzstadtrat, dass wir die Parkgebühren erhöhen werden, um das Budget zu sanieren. Werden die denn noch höher, als sie eh schon sind? Wann tritt diese Entlastung ein? Ich habe bis dato noch nichts mitbekommen, budgetseitig. Ich sage Ihnen, und das sage ich immer wieder, es gibt ausgabenseitig ein großes, großes Problem. Weil dort, und das hat auch Herr Hackenberger sehr richtig gesagt, machen Sie Spaßmaßnahmen und keine Sparmaßnahmen. Sie machen Spaßmaßnahmen, wo man dann teilweise den Kopf schüttelt und sich fragt: „Warum wird das Geld da hinausgeworfen?“ Neutorgassenfest: Sie wissen fiktiv, wir haben die 170.000 Euro aus der Leerstandsabgabe in Jakomini und Geidorf eingesäckelt und die 200.000 Euro sind da schon rausgeflossen. So kann kein seriöses Wirtschaften passieren. Ich gebe ein anderes Beispiel, das war heute falsch auf Ihrer Folie, Herr Finanzstadtrat: Die Unterführung Josef-Huber-Gasse, die wäre viel billiger gewesen, hätte man nicht aus ideologischen Gründen das so lange hintangehalten, und es sind nicht 32,5 Millionen

Euro, wie auf Ihrer Folie steht, es sind 40 Millionen Euro, wie es im heutigen Stück steht. Es steht im heutigen Stück drinnen, also ich beziehe mich auf das Stück, über das wir dann heute noch abstimmen oder nicht. Jetzt muss ich die Frage stellen, wenn man sagt, Tummelplatz, haben wir heute schon besprochen, mit mehreren Millionen, Neutorgassenfest, Fahrradstraße St. Peter, das sind alles Summen, wo das Geld dann wirklich rausgeworfen wird, auch die Remise, enorme Steigerungen. Ja, schon auch inflationsgetrieben, aber nicht nur, und jetzt ist die Frage, wenn wir diese ganze Summe addieren, zählen die alle nichts? Na ja, anscheinend nicht, weil wir haben uns ja sowieso durch das Kommunale PLUS saniert. Das Kommunale PLUS, der Kommunale Witz, das Kommunale Minus, wie auch immer man es nennen möchte, wo unterm Strich nicht 7 Millionen Euro rauskommen sind, Herr Finanzstadtrat, sondern wir haben 1 Million eingespart. Das ist nicht sehr viel, und ich darf damals noch erinnern, was da alles herumgeistert ist. Wir werden jetzt nur mehr den 100-jährigen die Golddukatens auszahlen. Warum nicht den 200-jährigen, dann haben wir uns noch mehr gespart? Das wirkt dann teilweise etwas absurd und teilweise etwas witzlos, wie man versucht Botschaften nach draußen zu bringen, „Wir tun eh etwas“. Der Stadtrechnungshof fordert richtig ein, eine Aufgabenkritik, die halt wirklich eine ist. Wo man halt vielleicht auch einmal bei der eigenen Klientel, bei den eigenen Wählern spart und wo man sagt: „Ok, wir können uns gewisse Dinge einfach nicht mehr leisten, es geht jetzt wirklich nicht mehr“, und das ist die letzte Seite des Stadtrechnungshofberichtes von gestern, der das eigentlich ganz klar darlegt. Jetzt muss man natürlich ein Resümee ziehen, weil budgetär sind wir jetzt nicht nur am Ende finanziell, sondern auch am Ende von fünf Budgets angelangt. Jetzt müsste man Ihre Leistung bewerten, Herr Finanzstadtrat, und ein Resümee ziehen. Die Fehler der Vergangenheit, die ja im Grunde genommen in einer Proportsregierung ja auch alle mitgetragen haben, viele Budgetbeschlüsse sind einstimmig gefallen, also können wir uns alle selbst einen Vorwurf machen. Die Vorgänger sind nicht immer die Anderen, da ist man selbst auch. Die Frage, wie geht man mit dem um, was die Vorgänger hinterlassen haben. Das ist halt immer so eine Frage, das macht jeder mit sich selbst aus. Wenn ich feststelle, dass Vorgänger in der Vergangenheit Fehler gemacht haben,

dann versuche ich die wieder gutzumachen oder aufzuarbeiten und nicht einfach weiter zu gehen oder es sogar noch zu verschlimmern. Ich habe Ihnen das vorhin schon gesagt: Guter Coup, den Chefarzt auszutauschen und einen neuen Arzt zum Patienten zu lassen. Das hat den Patienten, ich sage einmal, stabilisiert. Wir sind 2022 nicht gegen die Wand gefahren, der Kommissär ist nicht bei der Tür hineinkommen. Sie haben auch, und das finde ich bei diesem Budget schon, ein sehr, ich sage, ungeschöntes Bild gezeichnet. Sie haben wirklich transparent das dargelegt. Schaut sehr, sehr schlecht aus. Man könnte jetzt wieder spöttisch argumentieren, was anderes würde Ihnen auch nicht übrigbleiben, aber ich will jetzt Ihre Motive nicht hinterfragen. Was ich merke, ist, dass Ihnen wirklich in allen Belangen der Mut gefehlt hat, in der Budgetpolitik etwas anders zu machen. Es hat Ihnen der Mut gefehlt zu Ihrer Kollegin, zur Frau Bürgermeisterin, einmal nein zu sagen, wenn es darum gegangen ist, im Sozialbereich die Millionen nur so herauszuwerfen. Es ist bei Ihnen einfach der Mut nicht dagewesen, die Soziallandesrätin, bald außer Dienst, Kampus einmal anzurufen und zu sagen: „Was soll das? Wir sind in einer Koalition, wir müssen die ganze Zeit aus der Zeitung erfahren, dass uns Millionen und Millionen um die Ohren fliegen, wo wir eigentlich keine Möglichkeit mehr haben, dass irgendwie zu berappeln“. Den Mut hätten Sie gebraucht, wenn die Abteilungsleitungsinitiative zu Ihnen kommt, zu sagen: „No way, die Unteren bekommen mehr, die Oberen weniger, aber Ihr seid alle Beamte dieser Stadt, die dieser Stadt zu dienen haben und etwas für die Menschen zu tun haben“. Sie hätten auch einmal Ihre Kommunikation mutiger gestalten können und nicht ein Bild abgeben, jemand der schon aufgegeben hat. Sie sagen: „Das können wir nicht lange durchhalten“, also ich möchte da kein Kapital bereitstellen, wenn jemand nicht mehr durchhalten kann, wenn jemand schon am Ende sozusagen seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. All die Milderungsgründe, die ich vorhin aufgezählt habe, die rechne ich Ihnen ja an, aber schlussendlich war das dann doch zu wenig, weil Ihnen einfach der Mut gefehlt hat, wirklich zu sparen, wirklich etwas anderes zu machen, einmal zu überraschen. Das hätten Sie alles in der Hand gehabt. Sie hätten ja auch einen Stadtrechnungshof, der sicher aufzeigt, welche Maßnahmen es jetzt wirklich gebraucht hätte, und ich sage es noch einmal, eine

umgehende, beginnende, vorbehaltlose Aufgabenkritik und deren Umsetzung sowie eine weitgehende Reduktion der freiwilligen Leistungen, dann wären wir schon einen Schritt weiter. Dann wäre auch die Stimmung eine andere, weil auch die Stimmung, die macht ja auch etwas, gerade in so einer finanziellen Lage. Das Wichtigste, was sanierungsfähige Unternehmen betrifft, ist ja eigentlich auch die Kommunikation nach außen. Mal ist es schlimmer intern als sich nach außen zeichnet und dann bessert sich das ganze Bild wieder. Das hätte man auch irgendwie in den Griff bekommen können. Man hätte auch überparteilich agieren können bei gewissen Dingen. Wir waren ja auch bereit vieles mitzutragen. Wir haben beim Kommunalen PLUS mitgearbeitet, um am Ende zu sehen, dass aus dem Kommunalen PLUS ein kompletter kommunaler Witz wurde. Das ist sehr, sehr schade. Ich würde das Ihnen gerne mitgeben. Vor Weihnachten darf ich mir etwas wünschen. Wunsch an den Finanzstadtrat: Vielleicht kommen Sie irgendwann einmal zum Schluss, ok, machen wir doch noch eine ehrliche Aufgabenkritik und übergeben wir vielleicht an die nächsten eine Liste an Dingen. Sie können es sich jetzt leicht machen, Sie haben ihre Budgets schon durchgebracht. Sie könnten jetzt eine Liste machen und sagen, das müsste man in der nächsten Periode umsetzen. Machen wir das, arbeiten wir das gemeinsam aus, schauen wir, dass die Stadt Graz zukünftig, solange diese angespannte Situation anhält, wirklich nur ihren Kernaufgaben nachkommt. Ich wünsche Ihnen auch persönlich viel Mut, dass Sie das zu Weihnachten geschenkt bekommen, einmal nein zu sagen, wenn wieder solche Wahnsinnigkeiten von der eigenen Koalition kommen oder irgendwelche Forderungen an Sie herangetragen werden, aber alles in allem muss man halt sagen, und das ist der Abschluss, damit höre ich dann auch pünktlich auf, um die Zeit zu sparen und uns allen eine Mittagspause zu ermöglichen, wenn man sich das Budget anschaut, die Budgetzahlen anschaut und ihre Budgetleistungen anschaut, dann wird man einfach erkennen müssen, das große Defizit auf einer Seite und die Null auf der anderen Seite, ergeben leider zusammen kein Nulldefizit. Herzlichen Dank.

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (13.35 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön. Als nächstes Frau Klubobfrau Daniela Schlüsselberger.

9.5 Klubobfrau Schlüsselberger, SPÖ (13.35 Uhr – 13.54 Uhr):

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die freiwillig oder unfreiwillig da sind im Raum und auch online. Bevor ich mit meiner Rede beginne, Alexis, es hilft nichts. Mut hast du auf jeden Fall, den du manch anderen nicht attestierst, weil der Vergleich, der medizinische, dass ein Schamane hier am Werken war, hast du vergessen, dass eine Leber, Lunge und Milz bestenfalls, Entschuldigung, dass ich dich richtig zitiere, dass eine Leber, Lunge und Milz aus dem Patienten herausgenommen hat und dass es dafür jetzt Ersatzorgane braucht, wo selbst der beste Arzt nicht sofort zaubern kann, hast du ein bisschen vergessen und dass die Bestellung des Schamanen, also dass du da Teil des Ganzen damals noch warst, das ist ein bisschen Kindesweglegen. Also, das zum Thema Mut. Ich hätte es anders gesagt, nichtsdestotrotz sind wir heute da, damit jeder und jede in dem Raum das sagen kann, was er sich zum Budget, zur Erstellung des Budgets, zum Prozess davor, oder zu den Jahren danach, denkt, was er damit zu tun hat, wie er das Ganze sieht. Mich hat es ein bisschen demütig gemacht. Demütig, weil es doch meine Heimatstadt ist, ich bin geboren da, ich lebe da, mein Kind ist da, mein Partner, ich arbeite hier, ich gestalte auf verschiedenen Ebenen und deswegen hat es mich auch mehr zum Grübeln gebracht, wie ich da das Zahlenkonvolut immer vor mir gehabt habe und Ergänzungen und dann haben wir wieder diskutiert und wir haben sehr viel koalitionsintern diskutiert, da habe ich mir gedacht, ein mordsdrum Verantwortung eigentlich, das zu beschließen oder nicht zu beschließen, dafür zu sein, dagegen zu sein, was auch immer, ein mordsdrum Herausforderung, das Ganze zu durchblicken und die richtige Entscheidung zu treffen. Und dann stellt sich die Frage, ist das jetzt ein gutes Budget? Ist das ein schlechtes Budget? Was ist überhaupt ein schlechtes Budget? Für wen jetzt

schlecht? Für den Finanzstadtrat, für die Koalition, für die Bürgerin, für den Gemeinderat? Was ist denn da das Maß? Ist es ein gutes Budget, wenn man schon klassifiziert, gibt es Stopptasten, falls man einmal abdriftet? Kann man da noch irgendwie etwas eingreifen? Ist das in Stein gemeißelt? Wem gegenüber haben wir eigentlich die Verantwortung, dieses Budget zu beschließen oder nicht zu beschließen? Was passiert denn dann, wenn man es beschließt oder nicht beschließt? Ist es jetzt ein Moment, in dem man politisch glänzen kann, wo man sich hinstellen kann und sagt, roter Teppich, Spots on? Wir beschließen ein Budget oder es ist ein Moment, wo man ein bisschen in sich gehen sollte, ein bisschen Demut annehmen und Verantwortung übernehmen. Verantwortung aus meiner Sicht, auch wenn es manchmal wehtut, ist wichtig zu übernehmen. Dafür fühle ich mich einfach gewählt, dass ich das tu, dass ich da ein bisschen Managementqualitäten beweise, weil wir haben Verantwortung. Wem gegenüber war für mich dann irgendwie relativ klar, zum Beispiel dem Herrn Karl gegenüber, der jetzt endlich in Pension ist, der Frau Gerti, die als Reinigungskraft in der GBG arbeitet, gegenüber Samir und Andrea, die gemeinsam Zwillinge haben und irgendwann einmal einen Betreuungsplatz brauchen, gegenüber dem Bernd, der jetzt in Graz seine erste eigene Wohnung bezieht, der da arbeitet, oder gegenüber der Claudia, die einen Job aufgeben hat, weil sie ihre Mama pflegt. Gegenüber den anderen 300.000 Grazerinnen und Grazer, gegenüber allen Menschen, die in Graz leben und ja, manchmal, verzeih mir Manfred, habe ich Stirnrunzeln gehabt, wie ich die Beilagen gelesen habe. Ich meine, Schulden jenseits von Milliardenbeträgen, ich meine, wir händeln da Beträge, die eigentlich im echten Leben keiner richtig begreifen kann. 2 Milliarden, 3 Milliarden, das ist einfach verdammt viel Geld, aber man muss sich anschauen, für was wird es denn hergenommen. In unserem Fall Investitionen, sinnvolle Investitionen und jetzt sinnvoll, natürlich ist das der nächste Diskussionspunkt, aber auf jeden Fall kann man sagen, die 20 % Steigerung bei den Investitionen gegenüber dem, was wir da für Schulden aufnehmen, für zentrale Projekte. Nicht für immer die hübschesten, und jetzt nehme ich bewusst die Kanalsanierung her, man braucht keinen roten Teppich bei der Öffnung, das braucht man einfach. Das sieht man nicht, das bekommt man nicht mit. Vorher gleich wenig

wie danach und ist aber unverzichtbar. Oder der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, eine Taktverdichtung, damit Leute umsteigen können, damit Leute in die Arbeit kommen, damit sie nicht in alten Straßenbahnen sich im Sommer zu Tode schwitzen und einquetschen müssen oder dass in der Früh mal wieder etwas blockiert ist, weil einfach eine gewisse Überalterung da ist. Es betrifft auch die neuen Schulen. Erst neulich war eine Öffnung, also auch da ist etwas weiter gegangen. Das alles sind wichtige und richtige Puzzleteile für ein leistbares Leben, für ein soziales Leben, für ein gerechtes Leben, für alle und diese notwendigen Projekte für die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit der Stadt, die müssen sein und auch die sind im Budget weiterhin abgebildet, nicht die nice-to-have-Sachen, sondern einfach die Basisarbeit, die eine Stadt braucht. Diese Verantwortung wahrzunehmen, heißt auch, die Kehrseiten der Investition natürlich bewusst zu machen. Was heißt denn das? Die ganzen Termini, die in der letzten Zeit immer um das Budget herum wieder aufgeworfen werden und auch Medien haben dann, glaube ich, halt salopp auch Budget für Dummies getitelt, weil es wirklich eine komplexe Materie ist, und ja, es ist mühsam, sich da hin und wieder durchzuquälen, aber es zahlt sich aus, weil man sieht, dann relativ schnell, hoppla, das ist jetzt keine kurzfristige Geschichte, die das Budget nicht so schön, wie wir gehört haben, dastehen lassen. Da ist schon etwas Strukturelles dahin, und ja, es hat sich dabei jemand etwas gedacht, und da nehme ich jetzt unsere Politik einfach einmal raus, weil dahinter, hinter dem Budget, stehen Fachexperten, die das nicht seit gestern machen. Da steht ein ganzes Team, das das seit Jahrzehnten machen und die wahrscheinlich bei der einen oder anderen Wortmeldung heute ziemlich schmunzeln müssen, denn eines ist auch klar, Graz hat schon eine Verantwortung, aber dass der Bund auf das Land und das Land auf die Stadt weiterschiebt, ist schon ein strukturelles Problem. Ein Problem, das man an der Wurzel, also sprich im Bund angehen muss. So lange das nicht geklärt ist, wird es vielen Kommunen bald so gehen wie Klagenfurt, wo die Alarmglocken schon ein bisschen lauter läuten. Wenn man sich dann die operativen Ausgaben genauer anschaut, sieht man, ok, das Leben kostet mehr, aber auch die Stadt kostet mehr und wenn ich jetzt an die Gehaltsabschlüsse denke, ja, die kosten mehr. Die sind wichtig und richtig, weil den Bundesabschluss zu übernehmen

um Himmels Willen, es gibt Leute in dem Haus, die arbeiten wirklich gut und wichtig, aber in einer Gehaltsklasse, die genau die 3,5 Prozent brauchen, die es spüren und wo man nicht einfach sagen kann: „Jetzt sparen wir alle“, weil denen tun die 3,5 Prozent sonst sehr weh. Genau für die sind wir als SPÖ immer da, dass wir schauen, dass genau die niedrigsten Einkommen, die die Teuerungen am häufigsten und am ärgsten treffen, auch einen Ausgleich haben. Das ist zum Beispiel genau die Frau Gerti, die als Reinigungskraft arbeitet und das ist genauso der Pensionist, der ein Leben lang geschaut hat, dass die Straßenmarkierungen für alle gut sichtbar sind und zur Verkehrssicherheit beitragen hat und um 05.00 Uhr früh schon gestanden ist und um 11.00 auf Nacht auch noch, genau für den ist es auch. Und ja, wir stehen dazu, es kostet Geld, aber es ist wichtig.

Die soziale Infrastruktur in Graz ist genauso wichtig, und was ist denn die soziale Infrastruktur? Verkehr ist klar, Gemeindewohnungen, ich glaube, da brauchen wir nicht viel reden, aber es sind auch andere Puzzleteile, und ich nehme konkret die Kläranlage her, ich nehme konkret Kanalsanierungsprogramme her, aber auch Projekte wie das Energiewerk Graz, das nicht nur in sich ein großartiges Projekt ist oder die energetische Klärschlammverwertung, sondern wenn es ins Grazer Fernwärmenetz eingespeist wird, genau das eine Puzzleteil ist, das man wieder braucht, damit die Fernwärme in Graz leistbar wird. Nicht bleibt, sondern wird, weil man hat gesehen, was passiert ist. Wenn man den Energiemarkt versteht, weiß man, das kann jederzeit wieder passieren und genau deswegen muss man jetzt auch Puzzleteile in dieses Gesamtbild einfügen, damit die Auswirkungen zukünftig nicht mehr so groß sind. Dass unsere Stadt altert, ich glaube, da verrate ich jetzt auch nicht so viele Neues in dem Raum. Der Bedarf an Pflege wird größer und die Pflegesysteme halten das nicht aus und dass die Anstellung der pflegenden Angehörigen ein weiteres wichtiges Puzzleteilchen ist, das spürt nicht nur die Claudia, die daheim jetzt ist, und Pensionsjahre plötzlich bekommt. Pensionsjahre, die sie nie gehabt hätte, wenn sie ihre Mama gepflegt hätte und das aber nicht mit ihrem Job hätte vereinen können. Sind wir uns ehrlich, jede und jede, der schon einmal gepflegt hat daheim, weiß, eine Doppelbelastung haltest du nicht lange aus. Das geht an die Substanz, weil Pflegen gibt

so viel von dir, das kannst nicht mit einem normalen Job, nicht einmal mit Halbzeit kombiniere. Und ja, es gibt auch Familien, die im Bildungsbereich Unterstützung brauchen. Nicht alle haben das Glück, dass sie sich die Unterstützung leisten können und egal, ob es jetzt die Grundlage für die städtische Hausübungshilfe ist oder die zusätzlichen schulautonomen Mitteln, um die ich wirklich gekämpft habe, das sind alles weitere kleine Puzzleteile, die das große Bild eines sozialen, eines gerechten Graz gestalten und auch die sind in dem Budget abgebildet. Und diese kleinen Puzzleteilchen, ich spüre jetzt zum Beispiel jetzt die Zwillinge von Samir und Anita, wo ich sage, die haben plötzlich die Chance auf einen Betreuungsplatz. Die haben Chance Nachhilfe zu bekommen, wenn sie es brauchen. Die haben die Chance Bildungsgerechtigkeit zu erleben.

Wir leben ein bisschen über unseren Verhältnissen, würde man im Privaten sagen, und ich glaube, wir sind uns alle einig im Raum, keiner würde jetzt permanent einen Kredit, den er aufgenommen hat, um eine Wohnung zu kaufen, einen kleinen Kredit für das Alltagsleben, weil manchmal einfach Sachen passieren, die nicht so schnell einmal vom Konto wegbedeckt werden können, keiner würde das permanent mit dem Überziehungsrahmen vom Konto machen. Ja, ein paar haben sich das einmal in dieser Stadt gedacht, dass das eventuell eine gescheite Idee ist. Ist es nicht. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, aber, dass man das von heute auf morgen ohne den großen Lottogewinn nicht ändern kann, das ist in einer Kommune nichts anderes als im Privaten. Und ja, es ist gescheit, dass wir eine Stopptaste für das Ganze eingeführt haben. Eine Budgetsperre, die einen gewissen Rahmen vorgibt, weil zwei Jahre sind lang, in zwei Jahren kann viel passieren. Ja, in zwei Jahren wird sich wahrscheinlich von Bundesebene her auch etwas tun, aber falls nicht waren wir Intelligent genug zu sagen: „Halt das gibt es den Stoppbutton“. Das kann nicht so eskalieren und das kann nicht sein, dass es irgendwie in eine Richtung geht, wie wir heute schon gehört haben, dass das Ganze an die Wand gefahren wird. Was das bedeuten würde, wenn man so eine Stadt an die Wand fährt, ich glaube, das können wir uns alle fertigen denken. Spätestens, wenn man sich ernsthaft die Frage stellt, was ist denn Daseinsvorsorge, was muss eine Stadt machen und was ist Kür? Ich habe relativ ernüchternd gelernt, viel, was ich

dachte, was dazugehört, ist eigentlich die Kür. Deswegen müssen wir gut aufpassen, dass wir in die Grenze nicht kommen und ja, ich glaube, „nicht schönes Budget“ ist noch die scharmanteste Umschreibung, aber es ist ein seriöses Budget. Es ist ein Budget nicht der großen Renderings, nicht der großen visionären Projektideen, nennen wir es, aber es ist ein Budget, das einfach seriös das ist, was es sein soll. Ein Budget für die Grazerinnen und Grazer. Wenn man sich anschaut, die Struktur, es hat geheißen Kommunales PLUS, alles über Bord werfen und einsparen und alles jetzt. Herrschaftszeiten, das ist ein strukturelles Minus seit 20 Jahren da. So ändert man das nicht. Das sind viele einzelne kleine Maßnahmen und Schritte, die am besten von allen getragen werden. Was hat man in der Vergangenheit gemacht? Ein paar Immobilientransaktionen haben das schon gerettet. Dann war irgendwann der Zug abgefahren. Kassenkredite stärken helfen uns jetzt, aber irgendwann wird das nicht mehr der Weisheit letzter Schluss sein und spätestens dann sollten wir schon den Plan B nicht nur in der Schublade haben, sondern den Weg schon gegangen sein, ein Stück, und den auch dann konsequent weitersetzen. Wieso? Weil Graz nachhaltig sein muss, sozial sein muss, gerecht sein muss, lebbar für alle. Für uns jetzt, für unsere Eltern, Großeltern, für die Kinder, die Kindeskiner und ich glaube, es ist Zeit, nein, ich bin mir sicher, es ist Zeit, dass wir jetzt beginnen, alle gemeinsam an einem Strang ist, glaube ich, das meistverwendete Synonym dafür, zu ziehen, aber es beschreibt so gut. Und ja, der Strang ist da und dabei ziehen wir in alle Richtungen und teilweise lösen wir ihn auf und jeder züpft ein bisschen, aber es wäre eigentlich gescheit, wenn wir uns alle einmal zusammensetzen und überlegen - von mir aus off the record, dass das nicht so blöd ausschaut - was machen wir denn wirklich. Wie können wir die Struktur von Graz so gestalten, gemeinsam in allen Ressorts, in allen Fachbereichen, dass es sich ausgeht? Nicht nächstes Jahr, nicht übernächstes Jahr, aber perspektivisch. Davon haben wir wahrscheinlich die wenigsten etwas. Ich meine, vielleicht sitzen noch paar gleich lange wie unsere Frau Bürgermeisterin im Gemeinderat, dann kann es sein, dass es sich ausgeht, aber vielleicht erntet man gar nie die, sage ich einmal, Früchte von dem, was man damit gesät hat, aber es zahlt sich aus, weil das genau die Verantwortung ist, die man übernehmen sollte und das genau das ist, was eigentlich

der richtige Weg wäre. Und ja, ich habe mir viele Gedanken über das Budget gemacht. Wir haben viel geredet im Team, in der Koalition und dann muss man sich irgendwann entscheiden. Ist heute der Tag, wo ich sage, ich mache es mir leicht, schwinde mich ein bisschen durch, haben wir vielleicht noch eine Schlagzeile oder es ist der Tag, wo ich mich hinstelle und sage, gut, jetzt nehme ich Verantwortung, auch wenn es vielleicht jetzt nicht der einfachste Weg ist. Auch wenn man Vielem ausgesetzt ist, für ganz viele Weisheiten von außen, also wie viele Leute in letzter Zeit wussten, wie mein Job geht, beeindruckt mich, aber es ist auf jeden Fall wert den Weg zu gehen. Und ich sage es jetzt einmal salopp, wir können da jetzt, glaube ich, alle auf der Regierungsbank austauschen, sagen, alle weg, können andere viel besser. Die Zahlen geben das nicht her. Das ist jetzt kein politisch ideologiebehaftetes Budget. Das ist das, was am Ende des Tages überbleibt, wenn die Realität die Wünsche erschlägt und genauso muss man es auch betrachten und ich möchte an dieser Stelle auch Danke sagen. Nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses Graz, also des Magistrats, der Beteiligung, der Holding und so weiter, die teilweise seit Jahrzehnten den Laden am Laufen halten, egal wer jetzt irgendwie gerade in der Regierung sitzt, sondern auch der Finanzdirektion, die da, ich würde sagen, Wunder bewirkt haben, ist jetzt falsch, weil das Budget ist kein Wunder, aber die es geschafft haben, würdevoll, seriös das Bestmögliche herauszuholen und das in harten Diskussionsrunden. Das war nicht immer leicht und auch das Team dahinter hat sicher nicht mit 9 to 5 das in den letzten Wochen gemacht. Deswegen eigentlich Respekt in diese Richtung, dass wir heute alle hier dastehen und überhaupt darüber diskutieren können, ob wir die Verantwortung übernehmen oder nicht. Ich hätte gerne mehr Geld, ich sage es jetzt ehrlich. Ich hätte gerne für alle Bereiche mehr Geld. No na net, ich wüsste jetzt nicht, was mir nicht wichtig genug wäre in der Stadt, nicht zu sagen, plus 10 %, plus 20 %, am besten überall plus 100 %, natürlich, aber die Realität holt mich da auch wieder ein. Privat habe ich auch ein Budget zur Verfügung. Das teilt man sich ein und mit dem muss man wirtschaften, Punkt, weil da gibt es jetzt keinen Kassenkredit stärken, den man dann immer wieder ziehen kann und so sollte man es auch in der Stadt betrachten. Das Problem geht vom Bund aus. Das Problem ist, wir haben es jetzt schon

gehört, das Land trägt mit, und es ist ja jetzt relativ egal wer in welchem gesessen ist oder wer zukünftig wo sitzt. Das ist ein strukturelles Problem, das ganz Österreich vor Herausforderungen setzt. Also, so zu tun, als wenn Graz da jetzt kein Problem hätte und als wenn Graz, das alles hinten vorbeigehen würde, ist ja auch falsch. Nein, das ist es nicht. Da wird es Gespräche brauchen. Es wird Gespräche geben, sobald handlungsfähige Regierungen auch da sind. Was man bis dorthin tun kann, haben wir getan und wir haben schon versucht erste Kontaktpunkte zu knüpfen, aber derzeit ist es halt schwer. Mit wem setzt du dich denn zusammen? Da bin ich optimistisch, dass das dann auch passieren wird, sobald das möglich ist. Für mich ist auf jeden Fall, für mein Team, für den SPÖ-Gemeinderatsklub, für die SPÖ-Graz, der Zeitpunkt, wo wir gesagt haben, gut, jetzt heißt es Verantwortung übernehmen, uneitel, ein bisschen ohne Polemik. Ein Budget der Vernunft zu beschließen ist nicht sexy, ich weiß. Ist jetzt nicht das, wo man sagt, man füllt damit die Titelseiten, aber ich finde, das ist das Vernünftigste, weil jetzt Klientelpolitik für ein Paar auf dem Rücken der Mehrheit zu machen, ja bitte schön, dann habe ich meinen Job nicht verstanden. Dann habe ich irgendwas falsch gemacht, weil eigentlich bin ich für alle Grazerinnen und Grazer gewählt und die SPÖ hat sich noch nie davor gescheut Verantwortung zu übernehmen. Wir werden es heute auch nicht tun. Wir werden klar den Grazerinnen und Grazer gegenüber das Budget mitverantworten, weil somit Graz handlungsfähig bleibt. Das darf man nicht vergessen. Das eine ist die Diskussion heute, das andere ist, was passiert denn dann? Mehr Geld wird es nicht geben, da können wir uns noch 15 Jahre zum Diskutieren treffen. Davon wachsen halt leider keine Millionen, auch wenn sich es der Manfred vermutlich wünschen würde. Deswegen, wir werden darum kämpfen, dass die strukturellen Anpassungen vom Bund und vom Land passieren, damit Graz hier endlich fair behandelt wird in ganz vielen Bereichen. Wir werden schauen, dass wir gemeinsam konstruktiv weiterarbeiten für die Grazerinnen und Grazer und ich lade jetzt alle ein, die am Spielfeldrand stehen, die mitspielen, die auf der Trainerbank sitzen, die auf der Tribüne sitzen oder daheim vor dem Fernseher das Ganze kommentieren, ich lad alle ein, übernehmen wir gemeinsam die Verantwortung für Graz. Tun wir es gemeinsam für die Ganzen. Für die Gerti, für die Claudia, für den

Bernd, für alle Grazer Bürgerinnen und Bürger, für alle, die jetzt hier leben, leben wollen oder wieder zurückkommen wollen, zeigen wir Managementqualitäten in den ruppigen Zeiten und sagen wir, übernehmen wir die Verantwortung. Deshalb ja zur Verantwortung, ja zum Doppelbudget, ja zu einem stabilen sozialen gerechten Graz und ja, wir tragen das mit, weil es das einzig Vernünftige ist. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, Daniela Schlüsselberger. Ich darf als nächstes bitten, Herrn Gemeinderat Philipp Pointner.

9.6 Gemeinderat Pointner, NEOS (13.55 Uhr – 14.09 Uhr):

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Grazerinnen und Grazer. Das vorliegende Doppelbudget 2025-2026 hätte das letzte Budget der aktuellen Stadtregierung sein sollen, aber ich kann hier mit Fug und Recht sagen, das wird es nicht sein, denn das Doppelbudget, das Sie uns hier, Herr Finanzstadtrat Eber, vorlegen, hat leider keine Haltbarkeit oder nur eine geringe, wie so ein Eiswürfel an einem Sommertag am Hauptplatz. Und warum nur so eine kurze? Weil Sie schreiben in dieses Budget eine Haushaltssperre gleich hinein. Das heißt, Sie sollten eigentlich einen Handlungsrahmen vorgeben und schränken aber sofort wieder ein. In zweifacher Weise, einmal speziell und einmal generell. Einmal auf 12 Millionen, einmal überhaupt, wenn die Liquidität ausgeht und die Liquidität wird ausgehen, weil wir machen keine strukturelle Aufgabenkritik. In Ihrem Bericht steht es drinnen, Ende 2026 Anfang 2027 wird ein Kippunkt erreicht, wo es kein Zurück mehr geben wird und wo die Liquidität in Frage gestellt wird. Das beleuchtet auch der schon mehrfach genannte Bericht, die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes zu dem Vorschlagsentwurf 2025-2026. Auch

der Stadtrechnungshof macht klar, die Stadt Graz steht wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand. Und hier gleich ein großer Dank an das Team des Stadtrechnungshofes, dass diese Stellungnahme in der knappen Zeit von zwei Wochen fertiggestellt wurde, obwohl wir hier im Gemeinderat beschlossen haben, dass dafür vier Wochen zur Verfügung stehen hätten sollen. Das steht in der neu beschlossenen, wie schon erwähnt, Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes. Das ist eine Verordnung und jetzt kommt es zu etwas, was mich sehr nachdenklich gestimmt hat und was ich hier berichten muss, denn in seinem Bericht hat der Herr Finanzstadtrat gesagt, diese Verordnung hat keine gesetzliche Grundlage und das ist eine unwahre Tatsache, denn es steht im Statut § 97 „Der Gemeinderat ist das oberste kontrollierende Organ“, hat dazu, zur Hilfe, den Stadtrechnungshof und auf Grundlage des § 97 ist diese Verordnung erlassen worden. Das ist die gesetzliche Grundlage. Der Herr Stadtrat sagt hier, ich möchte das für ihn und ins Mikrofon sagen, das ist keine Grundlage, das ist ein Unverständnis des Rechtssystems hier. Es ist die gesetzliche Grundlage dieser Verordnung, denn sonst wäre sie ja anfechtbar. Eine Verordnung, die keine gesetzliche Grundlage hat, ist wirkungslos, anfechtbar und das behauptet hier der Stadtrat, und das ist nicht richtig. Die Grundlage ist § 97 – „Der Gemeinderat ist das oberste kontrollierende Organ“ und wir können selbstverständlich in eine Verordnung hineinschreiben, dass wir den Stadtrechnungshof einsetzen, einen Monat davor zu einer Stellungnahme, weil wir das oberste, kontrollierende Organ sind. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen und durch diese Aussage haben Sie das Vertrauen nachhaltig beschädigt in Ihrer Tätigkeit als Finanzstadtrat. Auch beschädigt, dass Sie keine strukturellen Lösungsvorschläge angeben in dem Budget, sondern einfach eine Haushaltssperre sich absegnen lassen wollen von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Und dazu kommt der eklatante Vertrauensverlust, werter Herr Stadtrat, durch die Veröffentlichung der Stellungnahme des Stadtrechnungshofes zu den beiden Voranschlägen von einigen Inhalten in den Medien, von einigen Inhalten aus dieser Stellungnahme, die noch nicht einmal fertig war, in den Medien, aus einer vertraulichen Sitzung heraus, aus einer vertraulichen Besprechung heraus. Die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes war noch nicht einmal fertiggestellt, wo Sie

an die Medien gegangen sind. Das hat dem Vertrauensgrundsatz widersprochen, ist eine Missachtung des Gemeinderates und Sie haben in dieser Presseaussendung auch noch falsche Tatsachen verbreitet, nämlich, dass die Kassenstärke-Erhöhung nur ein Formalakt sein. Das stimmt nicht, das ist ein Landesregierungsbeschluss. Das ist ein Beschluss, der aufgrund einer politischen Diskussion zustande kommt und kein Formalakt, und außerdem insinuiieren Sie in Ihrer Presseaussendung, dass der Stadtrechnungshof konkrete Einsparungsbereiche vorschlägt, also politisch tätig wird. Davon ist im Bericht, in der Stellungnahme, kein einziges Wort zu lesen. Sie zerstören dadurch nachhaltig das Vertrauen in Ihre Tätigkeit und ich kann Ihnen heute und hier dafür nur mein Misstrauen aussprechen. Eigentlich wäre jetzt der Zeitpunkt, einen Misstrauensantrag zu stellen. Das sieht das Statut nicht vor. Ich fordere Sie daher zum Rücktritt auf wegen Vertrauensverlust und auch handwerkliche Inkompetenz bei Budgeterstellung, denn ein Budget vorzulegen, das eine Haushaltssperre beinhaltet, das ist handwerklich fragwürdig.

Werte Kolleg:innen des Gemeinderates, die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes kommt nicht irgendwo her. Wir haben sie beschlossen. Wir haben sie daher beschlossen, weil wir den Stadtrechnungshof als Experten beiziehen wollen, dass wir rechtzeitig über die Tragweite eines Budgets informiert werden und dass wir unsere Funktion als oberstes überwachendes Organ des Gemeinderates ausüben können. Wir tragen hier Verantwortung und wir müssen durch Expertenmeinung beraten werden, dass wir sie hier in der Sitzung ausüben können, unsere Verantwortung und deshalb ist diese Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes sinnvoll und wir sehen es auch, es hat die Diskussion heute hier befruchtet und in eine sehr positive Bahn geleitet. Ich appelliere an Sie, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus oben genannten Gründen, dem Budget nicht zuzustimmen. Es ist nicht nachhaltig und es ist nicht ordnungsgemäß in weiten Teilen. Ich habe es schon dargelegt, es ist nämlich nicht so einfach, und ein Formalakt, dass Kassenstärke, also der Überziehungsrahmen, einfach so angehoben werden kann. Das ist ein Landesregierungsbeschluss. Ich kann auch nicht einfach zur Bank hingehen und meinen Überziehungsrahmen, den ich ausgeschöpft habe, auf kurzem Wege sagen, den heben wir jetzt einfach einmal an.

Aus diesem Grund ist diesem Budget nicht zuzustimmen und wir haben ein Liquiditätsproblem. Die operative Liquidität ist in Gefahr. Dazu sollten wir den Gemeinderatsbericht auf Seite 5 lesen. Dort steht wörtlich, „Für 2026 werden auf Basis des vorgelegten Budgetentwurfs rund 80 Millionen aus dem Kassenkreditrahmen abzudecken sein“. Das ist eine Berechnungsmethode, die nicht umfassend ist. In einer anderen Berechnungsmethode, die das Wohnen Graz zum Beispiel einbezieht, sind das 219 Millionen, 2026. Und 2026, 219 Millionen, 219 Millionen ist eindeutig über der Obergrenze der 180 Millionen, die vom Land zur Verfügung gestellt werden könnten. Das heißt, wir haben eine eklatante Finanzierungslücke Ende 2026. Weiters steht drinnen „Für den Planungszeitraum bis 2030 ist dies“, also die Abdeckung aus dem Kassenkreditrahmen, „auf Basis der vorliegenden Planung nicht gewährleistet“. Auf Basis der Werte aus der mittelfristigen Finanzplanung, 2027 bis 2030, werden weitere rund 390 Millionen operative Liquidität sicherzustellen. Das heißt, noch einmal 390. Woher? Und das hat der Kollege Pascuttini ganz richtig gesagt, es ist ja fürchterlich, dass wir schon über das Operative diskutieren müssen, ob wir unsere Gehälter und sowas zahlen können. Es ist in absoluter Gefahr, und wenn wir diese Unsicherheit jetzt aus dem Operativen, aus dem Liquiditätsbereich, aus dem Operativ-Liquiditätsbereich schon wissen, dann müsste man doch jetzt als Gemeinderat hier nachfragen, lieber Stadtrat Eber, was ist der Plan? Ich persönlich möchte es nicht zulassen, dass die Antwort ist, jetzt beschließen wir mal wieder das und fahren auf Sicht, denn wir fahren hier mit 180 Millionen Kilometer pro Stunde in eine Nebelwand hinein, wo wir eben dann nicht mehr wissen, was ist. Da können wir nicht mitgehen.

Jetzt zum Investiven: Es wäre spätestens im Prozess der Erstellung dieses Doppelbudgets, an der Zeit gewesen, dass der Finanzstadtrat sich meldet und sagt, dass wir schauen müssen, für welche Investitionen wir überhaupt noch Geld haben, und das habe ich anfangs gesagt, hier wäre jetzt anzubieten gewesen, was machen wir denn für strukturelle Änderungen im Haus Graz. Es wurde schon erwähnt, ich kann mich dem nur anschließen, aber wir sehen nichts da drinnen. Es ist ganz klar, seit vielen, vielen Jahren, eigentlich seit 2013, es sind einige Jahreszahlen schon kursiert, dass die Stadt Graz einen strukturellen Reformbedarf hat. Diese Stadtregierung ist jetzt

seit drei Jahren am Werk und hat nichts gemacht. Es wird einfach fortgeführt, dass neue Darlehen aufgenommen werden. Das ist ein verantwortungsloses Spiel mit der Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir haben unlängst sogar ein Darlehen wieder beschlossen. 70 Millionen ohne konkrete Zuordnung zu konkreten Investitionen. Das heißt, der GUF-Horror geht weiter und es werden weiter Verschiebungen und Stundungen von Rückzahlungen vorgenommen. Ja, wie formuliert es der Stadtrechnungshof? „Nicht Reformen, sondern inflationsbedingte Mehreinnahmen habe die Zahlungsunfähigkeit bisher verhindert“. Was machen Sie als Stadtregierung daraus? Sie ignorieren diese Warnung und es geht nach mir sie Sintflut weiter. Après nous le déluge. Wir brauchen einen klaren Sanierungsplan meine Damen und Herren, und das ist mein konstruktiver Beitrag hier. Wir stehen eben 2026 und 2027 an diesem Kipppunkt einer Finanzierungslücke. Graz braucht jetzt keine Stadtregierung und einen Finanzstadtrat, der die Probleme ignoriert, sondern einen Sanierer, und zwar einen externen Sanierer, der die Finanzen wieder in den Griff bekommt, und zwar bitte keine Prozessbegleitung wie beim Kommunalen PLUS durch eine Firma, die mit allen beteiligten politischen Playern eigentlich auf Do & Do ist, weil wir ja alle Grazer sind. Nein, wir brauchen eine international tätige Firma, die eine internationale Expertise einbringt, wie wir wieder auf Kurs kommen. Das heißt, wir müssen alle freiwilligen Leistungen der Stadt Graz auf den Prüfstand stellen, Doppelgleisigkeiten in Verwaltung und Holding beenden und so weiter. Es ist mehrfach von uns gefordert. Jetzt ist der Moment tätig zu werden. Wir müssen die strukturellen Reformen angehen, die es braucht. Die Eingliederung der KFA in einen großen Sozialversicherungsträger wie die BVAEB und im eigenen Bereich, was Sie wieder nicht machen, es ist zwar klein, aber ein großes Signal, die Abschaffung der Verfügungsmittel. Wir müssen uns die Schieflage in Wohnen Graz anschauen. Wir müssen die Schieflage in der GGZ anschauen. Wir brauchen eine strukturelle Analyse, aber wir brauchen auch den Willen, bei uns selbst zu sparen. Streichen Sie die Verfügungsmittel und stimmen Sie dem Stück heute nicht zu. Ich bin mir auch sicher, dass wenn das Ganze professionell, extern begleitet wird, dass das gesamte Haus Graz guten Willens an so einer strukturellen Reform mitzuarbeiten. Externe Expertise und bitte auch nicht das

Lähmen der internen Expertise des Stadtrechnungshofes, das ist Haus Graz, es ist eine intern-externe Expertise, die der Stadtrechnungshof bietet, nur der Stadtrechnungshof wird von Ihnen wieder strukturfremd eingesetzt in eine Kontrolle der Verfügungsmittel. Das sollten wir heute auch beschließen. Was soll er dort kontrollieren, frage ich? Verfügungsmittel sind deshalb Verfügungsmittel, weil sie frei verfügbar sind. Also, wo soll die Kontrolle ansetzen? Streichen Sie die Verfügungsmittel, dann brauchen wir sie auch nicht kontrollieren und dann brauchen wir auch den Stadtrechnungshof nicht in seiner sinnvollen Prüftätigkeit einschränken, die er ausübt.

Hier fasse ich zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geben Sie der Stadtregierung heute einen Auftrag mit. Sagen Sie nein zu diesem Budget, sagen Sie nein zum Weiter wie bisher in unserer Stadt und Sie, werte Stadtregierung, Sie haben jetzt 18 Monate Zeit, endlich strukturelle Reformen auf den Weg zu bringen, die Weichen neu zu stellen. Nutzen Sie bitte die Zeit, um Verantwortung endlich zu übernehmen und die dringend notwendigen Reformen einzuleiten. Sanieren Sie das Haus Graz, bevor es zusammenbricht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön. Als nächstes ist Herr Gemeinderat Wagner am Wort und ich möchte auch zurückweisen, dass das Wohnen Graz irgendeine Schiefelage hat, weil noch einmal, alles andere, wenn wir nicht so handeln würden, wäre eine neoliberale Wohnungspolitik à la NEOS, also das wissen wir dann eh, wie die Wohnungspolitik aussieht.

9.7 Gemeinderat Wagner, FPÖ (14.10 Uhr – 14.19 Uhr):

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das heute zur Beschlussfassung vorgelegte Doppelbudget 2025-2026 unter dem Titel „Stabil durch die Rezession“ beginnt ja eigentlich bereits beim Titel zu bröckeln, denn

von stabil kann auf jeden Fall keine Rede sein. Alleine schon heute ein Doppelbudget vorzulegen, greift ja fast einen Griff nach den Sternen oder ist bestenfalls der Treppenwitz der Nation. Die Halbwertszeit der letzten Budgets, wissen wir, die endet meistens nach einem halben Jahr. Offensichtlich versucht man jetzt irgendwie, sich über diese Legislaturperiode drüber zu hangeln und sehr viele anständige Investitionen kommen in dem Budget ja überhaupt nicht vor. Das soll noch später wahrscheinlich bei den Gemeinderatssitzungen dann nachgereicht werden. Zu Beginn dieser Legislaturperiode habt ihr darum gebeten, etwas mehr Zeit zu bekommen, um ein ordentliches Budget auf die Reihe zu bekommen und seitdem, wissen wir ja, was passiert ist. Das spottet jeglicher Beschreibung. Im Halbjahres-Rhythmus kommen wir zusammen, haben dann abwechselnd eine Budgetsitzung und dann im nächsten halben Jahr eine Korrekturbudgetsitzung. Ihr könnt es nicht besser als eure Vorgänger und ihr macht es auch nicht besser.

Zugegeben, einnahmenseitig haben wir sicher mit den deutlich sinkenden Ertragsanteilen zu kämpfen, ganz klar. Dort, wo ihr selbst die Hand drauf habt, auf der Einnahmenseite, wie zum Beispiel den Gebühren – Wasser, Kanal, Nutzung öffentlichen Gutes, Parken, Heiraten, gegen jegliche Aussage, die in den Wahlkämpfen dann immer wieder, vor allem von Seiten der KPÖ zu hören sind, wird durch Gebühren-Erhöpfung versucht, hier Geld in die Kassen der Stadt zu spülen. Ausgabenseitig schaut das ganz anders aus. Es gibt die Pflichtaufgaben und es gibt die Kür, also die politisch gewünschten und vorangetriebenen Ausgaben und Mehrausgaben und in dem Zusammenhang ist da schon eine schöne Liste zusammengelassen. Ich möchte auf jeden Fall einmal eingehen, auf die Remise in der Steyrergasse, wo durch die Umgestaltungsfantasien der Vizebürgermeisterin, Staustadträtin Schwentner drei Jahre ins Land gezogen sind und somit 80 Millionen Euro an Mehrkosten zu erwarten sind oder auch die Bahnunterführung Josef-Huber-Gasse. Ebenfalls hat es hier eine Hinhaltenaktik gegeben und schon alleine von der Folie bis zum Stück heute am Nachmittag liegen da um die 4 bis 5 Millionen Euro an Mehrkosten dazwischen. Zunächst in der Reihe, die Umgestaltung vom Tummelplatz zum Tummelspielplatz, 7,3 Millionen Euro, Verlegung von 80 Meter Schiene für den

Radweg Joaneumring, 500.000 Euro, Eröffnungsfest Neutorgasse, 200.000 Euro, unzählige Poller-Reparaturen, Straßenumbenennungen, und so weiter und so fort. Da sprechen wir schon von weit über 90 Millionen Euro, die dort zusammengekommen sind. Das ist nur ein kleiner Auszug aus den rein mutwillig verursachten Kosten und Mehrkosten, immer mit den Stimmen der KPÖ, der Grünen und der SPÖ und genauso in dieser Gangart wird es auch vermutlich weitergehen. Während Herr und Frau Österreicher durch die stetig steigenden Kosten schon auf ihr Ersparthes zurückgreifen müssen, sind die Budgets einiger Stadtreger, beim Beispiel der Frau Bürgermeisterin Elke Kahr oder beim Stadtrat Robert Krotzer, so stark angestiegen, dass ihr offenbar gar nicht mehr wisst, wohin mit dem Geld, weil sonst wäre es zu erklären, dass die Sparbuchbestände stetig im Steigen begriffen sind. Hier nur eine kleine Übersicht der üblichen Sparbücher: Bürgermeisterin Elke Kahr, 11,5 Millionen Euro, Vizebürgermeisterin Judith Schwenter, 1,3 Millionen Euro, Stadtrat Robert Krotzer, 4,8 Millionen Euro, Stadtrat Manfred Eber, 2,8 Millionen Euro und von den drei weiteren Sparbüchern, eben der Claudia Schönbacher, vom Günter Riegler und vom Kurt Hohensinner, sind es gerade einmal gemeinsam 1,3 Millionen, aber insgesamt eine stattliche Summe von 22 Millionen Euro. Da stelle ich mir schon eine Frage: Seid ihr jetzt eigentlich nur schwach beim Budgetieren oder beim Umsetzen der Projekte oder warum wird das Geld dann nicht aufgebraucht oder die Sparbücher dann, so wie jetzt in diesem Budget, dann deutlich abgesenkt? Man könnte ja sparen, genau. Man könnte ja fast den Eindruck gewinnen, dass man wahrscheinlich so hohe Sparzinsen bekommt, dass sich das auszahlt. Das glaube ich allerdings nicht. Es macht mir viel mehr den Eindruck, dass man die Mittel vielleicht bewusst bis zum Wahljahr 2026 ansparen möchte. Nein, nein Herr Eder. Apropos Sparen: Die Chance habt ihr vertan, sparen hättet ihr können mit einer ordentlichen Strukturreform. Sparen hättet ihr auch können bei euch selbst. Die Verfügungsmittel sind da heute schon gefallen, das Personal in den politischen Büros oder bei den Stadtregerungsmitgliedern, wo es statt abgebaut wird, sogar aufgebaut wird und die Posten von B-Posten auf A-Posten teilweise aufgewertet werden. Weitere große Brocken, wie zum Beispiel der Austausch von zehn weiteren Straßenbahngarnituren, befinden in dem Budget offenbar

überhaupt keine Beachtung. Wir reden hier von 35 bis 40 Millionen Euro. Das sollten wir nächstes Jahr ziehen, kommen nicht einmal vor. Ebenso die 120 Millionen Euro, die wir für die Sanierungsarbeiten und die Neubauten bei der Messe Graz benötigen würden und da frage ich mich auch: Im Aufsichtsrat, ist das Budget für 2025 zur Abstimmung gebracht worden, das 26er-Budget aber nicht und Sie legen uns da heute ein Doppelbudget für 2025 und 2026 vor. Das ist schon ein bisschen fragwürdig. Ebenso fragwürdig ist auf der Einnahmenseite auch die Darstellung der Parkgebühreneinnahmen. Da sieht man die nächsten fünf Jahre immer denselben Betrag, obwohl man schon 1.500 Parkplätze inzwischen durch den Kahlschlag von der Frau Vizebürgermeisterin verloren haben, und wir wissen ja, die nächsten Stücke prophezeien nichts anderes, da wird ja weniger werden. Also, wie will man mit weniger vermieteter Stellfläche das kompensieren? Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten, entweder sind die nächsten Gebührenerhöhungen schon geplant oder die Parkzonen werden auf ganz Graz ausgeweitet. Ich glaube, beides haben sich, die Grazer und die, die nach Graz kommen wollen, so nicht verdient und vor allem der Wirtschaft und insbesondere der Innenwirtschaft tut man damit nichts Gutes. Neben den gestrichenen Stellplätzen sind natürlich auch die unattraktiv hohen Preise und Parkgebühren schon ein Grund dafür, dass sehr viele nur mehr in die ganzen Einkaufszentren der Umlandgemeinden fahren oder an den Stadtrand fahren und dem nicht genug, wird das Wirtschaftsbudget immer wieder sukzessive reduziert. Zwar gibt es einzelne Mandatare aus eurer Koalition, die in Ausschüssen dann immer wieder irgendwelche Masterpläne und Strategiepapiere und ähnliches einfordern, aber im Budget ist davon überhaupt nichts zu finden, ganz im Gegenteil. Der Wegfall der Baustellenunterstützung ist ja der nächste Schlag für die Wirtschaftstreiber bei uns in der Innenstadt.

Und nun zu meinem Herzensthema, dem Sport. Ich glaube, wir alle sollten wissen, was Sport in gesellschaftlicher, wie auch in gesundheitlicher Hinsicht für einen Stellenwert in Graz haben sollte und haben müsste. Demnach, also in Anbetracht dessen, was wir an Bewegungsmangel und an Kindern und Jugendlichen, die böse sind, für Zahlen vorweisen können, absolut unverständlich, dass genau in dem Bereich eingespart wird.

Die Kosten und die Betriebskosten der Vereine steigen stetig und das Budget dagegen in dem Bereich sinkt stetig. Das geht sich vorne und hinten nicht mehr aus und das Allerschlimmere ist, was ist das eigentlich für ein Zeichen an die vielen Ehrenamtlichen, die den Bereich erst überhaupt aufrechterhalten. Die bringen da völlig unentgeltlich ihren Beitrag und die Stadtregierung ist einfach nicht willens, ihren Beitrag zu leisten und anstatt der Frau Vizebürgermeisterin Schwentner 640.000 Euro zum Einkaufen von Fahrrädern zur Verfügung zu stellen, wäre es wesentlich gescheiter gewesen, eben diese Mittel in Zeiten wie diesen, wenn wir uns einen Luxus leisten können, wenn wir uns das nicht leisten können, mag das anders aussehen, aber direkt ins Sportbudget zu integrieren und die aufgrund der Berichterstattung dann von der Frau Bürgermeisterin Kahr gnadehalber spendierten 300.000 Euro für Kultur und Sport in Anbetracht dessen, dass 1,5 Millionen am Sparbuch liegen, das ist ein blanker Hohn und sonst ist das überhaupt nichts.

Das Budget in Zahlen, gegossene Politik hören wir immer wieder. Dieses Budget ist weder sparsam noch wirtschaftlich noch zweckmäßig und keinesfalls ist es stabil. Wie die Stadt offenbar in den Augen der Koalition in Zukunft ausschauen soll, an einem kleinen Beispiel: Eine Personalaufstockung im Sozialamt, im Kulturamt und in den politischen Büros, ein Personalabbau bei der Holding, welche für die Sauberkeit und für die funktionierende Infrastruktur der Stadt unverzichtbar ist. Und der frühere, der von KPÖ, Grünen und SPÖ oft zitierte und gelobte Stadtrechnungshof hat dieses Budget kritisiert. Das hat er zu Recht kritisiert, das tu ich auch, und ich kann jedem nur empfehlen, diesem Budget nicht zuzustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Es wäre jetzt noch Herr Gemeinderat Eustacchio mit seiner Rede zum Budget, aber nachdem er nicht anwesend ist und ich auch keine Anmeldung habe, ich möchte jetzt nur wirklich das Protokoll auch festhalten, gehen wir jetzt, wie vorhin, glaube ich, gewünscht, in die Mittagspause. Eine Stunde war gewünscht. Ich mache darauf aufmerksam, wir würden uns dann um 15.20 Uhr wieder hier im Gemeinderat

treffen und ich bitte vielleicht, dann auch pünktlich zu kommen, weil wir haben dann ca. noch drei Stunden Diskussion mit den Spezialreden und mit den Beiträgen der Stadtregierung. Danke und Mahlzeit, bis bald.

Unterbrechung der Tagesordnung: 14.20 Uhr

Fortführung der Tagesordnung: 15.24 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir setzen mit unserer Budget-Gemeinderatssitzung heute wieder fort. Wir kommen jetzt zu den Spezialdebatten und ich darf gleich bitten, Frau Gemeinderätin Sahar Mohsenzada, um ihren Debattenbeitrag.